

DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung



38 (2019)



Nach den Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen und unter Berücksichtigung der derzeitigen Wahlprognosen bezüglich Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt muss man feststellen, dass sich die AfD in Ostdeutschland als zweitstärkste Partei etabliert hat. Das gilt mit Einschränkung: Der Organisationsgrad der AfD ist relativ niedrig und der Anteil der Protestwähler vor allem aus dem Sektor der bisherigen Nichtwähler_innen recht groß. In Thüringen gaben laut Infratest dimap rund 50 Prozent der AfD-Wähler_innen an, dass sie die Partei aus Überzeugung gewählt hätten, was die FAZ zu dem Schluss kommen lässt, dass „in diesen Kreisen ein mehr oder weniger geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild zu vermuten“ sei (FAZ v. 29.10.2019, S. 8). Das ist beängstigend, zeigt aber, dass mit Blick auf die andere Hälfte der dort zu vermutenden Unzufriedenheit durchaus noch mit einer überzeugenden Politik begegnet werden kann, zumal die Linke in Thüringen gezeigt hat, dass auch sie in der Lage ist, Nichtwähler_innen für sich zu gewinnen. Sie hat aber auch Wechselwähler_innen von den anderen Parteien angezogen, am meisten sogar von der CDU. Das zeigt, dass ein konservativeres Auftreten, wie es durch Bodo Ramelow verkörpert wird, durchaus nicht von Schaden sein muss. [H.K.]

Aus dem Inhalt

- Der „Flügel“ steht auf Höckes Kyffhäuserrede 2019
- Der Verfall des Bildungssystems als Chiffre. Bildungskritik von Josef Kraus
- Fachwerkromantik aus Stahlbeton. Architekturverständnis der Neuen Rechten
- Neoliberalismus und rechtspopulistische Ideologie am Beispiel Alice Weidel
- Gemeinwohlorientierung. Das Dilemma der Kommunen
- Fukuyama über Identitätspolitik
- Emanzipation - Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs

Impressum

DISS-Journal, hg. vom
Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Helmut Kellersohn,
Jobst Paul, Wolfgang Kastrup

Layout:
Hans Uske

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des
DISS-Förderkreises

Der „Flügel“ steht auf

Programmatische Vorstöße in Björn Höckes Kyffhäuserrede 2019

Stefan Rath

Höckes Rede¹ auf dem diesjährigen Kyffhäusertreffen des völkisch-nationalistischen Flügel der AfD, welches unter dem Motto „Der Osten steht auf“ am 6. Juli 2019 in Leinefeld stattfand, eröffnete den AfD-Wahlkampf für die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die Veranstaltung erregte insbesondere aufgrund der Inszenierung und des Personenkults um Höcke Beachtung. In Folge wurde der Richtungsstreit innerhalb der Partei teilweise öffentlich ausgetragen. Mediale Aufmerksamkeit kam insbesondere den Teilen der Rede zu, in denen Höcke versprach, es werde keine Wiederwahl des jetzigen Bundesvorstandes in seiner bisherigen Zusammensetzung geben, und Teile der Partei, die er auf dem „Weg einer FDP zwei Komma null“ wäht, angriff. In einem Appell schrieben daraufhin bekannte AfD-Funktionäre: „Die AfD ist und wird keine Björn-Höcke-Partei!“² Ihre Kritik richtet sich gegen die Inszenierung und argumentiert explizit nicht inhaltlich.

Die Rede ist als Höhepunkt der ganz-tägigen Veranstaltung angelegt. Höcke lässt sich zunächst, unterbrochen von einem vier Minuten langem Imagevideo über sich selbst, fast fünf Minuten anmoderieren, um anschließend zu heroischer Musik, stehendem Applaus und gewedelten kleinen Deutschlandfähnchen weitere drei Minuten lang in die Mehrzweckhalle zu schreiten und sich auf der mit einem Steg versehenen Bühne in Jubelpose zu präsentieren.

Inhalt und Aufbau der Rede

Die Auseinandersetzung mit den „Kartellparteien“ bildet den Schwerpunkt, mit

1 Alle Zitate ohne Fußnote entstammen dem Transkript der Rede.

2 <https://www.mdr.de/nachrichten/afd-appell-gegen-hoecke-fluegel-100-downloadFile.pdf>



Björn Höcke im Thüringer Landtag

dem die AfD in den vom Flügel dominierten ostdeutschen Landesverbänden in den Wahlkämpfen antreten wird. Adressaten der Rede sind nicht nur die „850 Mitstreiter“ vor Ort, sondern auch die „vielen Interessengemeinschaften der AfD, die heute Vertreter geschickt haben“, die „Freunde [...] am Livestream“ – und die als „Spalter und Feindzeugen“ bezeichneten parteiinternen Gegner des Flügel. Ein Drittel der Rede ist dem inneren, zwei Drittel dem äußeren Gegner gewidmet.

Nach ausschweifender und pathetischer Begrüßung beginnt Höcke die „Einheit der AfD gegen Spaltungsversuche“ zu verteidigen, indem er Kritiker und die verbliebenen liberalen Kräfte in der AfD angreift. Als Spaltungsversuche wird kritisiert, dass der Flügel laut „Beschluss des AfD-Schiedsgerichtes des bayerischen Landesverbandes eine eigenständige, für die AfD schädliche Organisation“³ dar-

3 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/>

stellt, Doris von Sayn-Wittgenstein wegen Unterstützung eines rechtsextremistischen Vereins aus der AfD ausgeschlossen werden soll, Helmut Seifen ihn in einem Vortrag mit Göbbels verglich und Frank-Christian Hansel ihm vorwirft, der Partei zu schaden. Auch wenn er die Namen nicht nennt, sollte aufgrund der Beschreibung der Vorgänge jedem Zuhörer klar sein, auf wen er anspielt. Höhepunkt der parteiinternen Kritik ist Höckes Versprechen, sich nach den Wahlkämpfen „mit großer Hingabe und mit großer Leidenschaft den Neuwahlen des Bundesvorstandes“ zuzuwenden. Er garantiere, dass „dieser Bundesvorstand in dieser Zusammensetzung nicht wiedergewählt wird!“

Die „Kartellparteien“, „Merkelland“, die „Maulkorbdemokratie“ und das „poli-

[afd-in-bayern-schiedsgericht-bezeichnet-hoecke-fluegel-als-schaedlich-fuer-die-partei-16272804.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-in-bayern-schiedsgericht-bezeichnet-hoecke-fluegel-als-schaedlich-fuer-die-partei-16272804.html)

tisch mediale Establishment“ rahmen den äußeren Gegner. Besondere Aufmerksamkeit wird den Grünen und der CDU aufgrund der von Höcke diagnostizierten Veränderungen im Parteiensystem und im Wahlverhalten beigemessen. Ablenkung vom „Klimahype“, der die Deutschen „wirklich berührt“ habe, und die Abschottung nach „japanischem Modell“, dem Ende der „irrationale Zuwanderungspolitik“, sind zentrale Wahlkampfthemen und z.T. programmatische Verschiebungen. Höcke spricht in beiden Politikfeldern Verteilungsfragen an und argumentiert mit Kostenrechnungen, um an sein sozialpolitisches Programm anzuknüpfen. Erklärtes Ziel ist, „die stärkste Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland [zu] werden“, um die „vorherrschende Unkultur des Verbots“ zu beenden.

Innerparteiliche Intention und Ausrichtung

Der „Kampf zweier Linien“ (Kellershohn 2017) innerhalb der AfD wird von Höcke durch seine innerparteiliche Kritik und programmatischen Vorstöße fortgesetzt. Die „Fehlentwicklung[en]“ innerhalb der Partei, die zu kritisieren er sich „so lange zurückgehalten“ habe, um gemäß dem Kyffhäusermanifest „die Einheit der AfD gegen Spaltungsversuche von innen und von außen“ zu verteidigen, betreffen alleamt die bereits im vorherigen Abschnitt erwähnten Vorgänge. Durch Betonung der von ihm geforderten „Einheit“ und das Verlangen danach, der Bundesvorstand habe durch „neutrale Amtsführung“ das Vertrauen der Mitglieder zu erwerben und müsse „nach innen unter allen Umständen integrierend“ geführt werden, immunisiert sich Höcke gegen die Kritik und begibt sich in eine Opferrolle, aus der heraus er dem Bundesvorstand und den Flügel-Kritikern in verteidigender Haltung spiegelbildlich „grob parteischädigendes Verhalten“ vorwirft.

Er und der Flügel seien „einige Patrioten, die dieses Land nicht aufgeben wollen und nicht aufgeben werden“, ihre Kritiker hingegen „Spalter und Feindzeugen“, die „getrieben“ und „machtpolitisch operieren“. Er wirft dem bayrischen Landes-

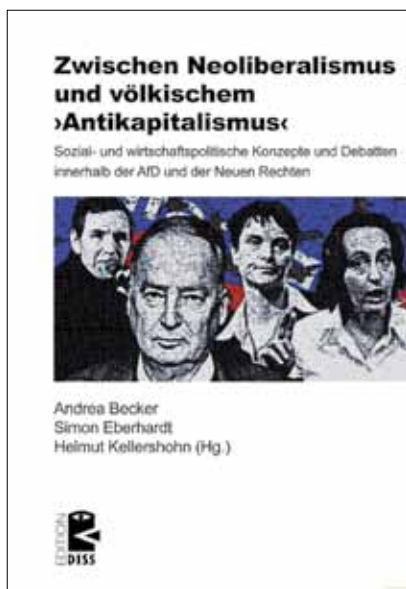
schiedsgericht, welches sich auf dem „Weg einer FDP zwei Komma null“ befände, vor, „willkürlich und spalterisch“ die „von eminenter strategischer Bedeutung“ seienden Ostwahlkämpfe zu beeinflussen“. Der Verweis auf die „endgültige Absage“, die auf dem Essener Parteitag der liberaleren Ausrichtung der Partei erteilt worden sei, und der Ausruf „lasst uns endlich in Ruhe!“ verdeutlichen, dass Höcke die gesamte AfD auf völkisch-nationalistische Linie bringen möchte. Auch aufgrund der, laut Umfragen, zu erwartenden guten Ergebnisse der flügeldominierten ostdeutschen Landesverbände bei den Landtagswahlen soll die AfD diesen Kurs einschlagen. Es ist in der Tat zu erwarten, dass Einfluss und Macht der Rechtsautoritären in der Partei nach den Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern noch stärker werden. Der Ruf nach einer Revision des Parteiprogramms auf Flügel-Linie wird in Höckes Grußwort an „alle Patrioten“ in Nordrhein-Westfalen, i.e. die Flügel-fraktion auf dem gleichzeitig stattfindenden NRW-Landesparteitag, besonders deutlich. Die „Patrioten“ in NRW würden

„hoffentlich dafür sorgen“, dass der Landesverband „Kurs hält“ und „weiß, was sein Auftrag ist“, und diesen „nicht verrät“. Der Parteitag, das sei hier angemerkt, ist vorzeitig abgebrochen worden und lediglich die Flügel-Mitglieder des Vorstandes sind nicht zurückgetreten und im Amt geblieben. Welche Fraktion sich in NRW durchsetzen wird, ist derzeit noch nicht ersichtlich.

Nach den Vorstellungen von Höcke soll die AfD eine „Anti-Establishment Partei“ mit „nicht verhandelbar[en]“ „Kernforderungen“ bleiben, die „Haltung“ bewahre. „Wir werden die stärkste Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland werden! Das verspreche ich euch!“ Er imaginiert ein Wählerpotential von „60 Prozent“ und lehnt Koalitionen, zumindest als kleinerer Koalitionspartner, ab: „natürlich muss man auch gesprächsfähig bleiben mit allen politischen Akteuren, die in eine Zeit mit einem gestellt sind. Aber es muss Kernforderungen geben, die für die AfD nicht verhandelbar sind“. Das in die Zeit gestellt sein und die Kompromisslosigkeit können



Wahlkampf in Thüringen: Die AfD präsentiert sich als „Arbeiterpartei“.



Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem 'Antikapitalismus'. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster: Unrast 2019, 268 Seiten, 24 Euro (ISBN 978-3-89771-772-5)

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem Antikapitalismus, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten Konservativen Revolution, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

an dieser Stelle als weiterer Verweis auf Höckes „historische Mission“ (Kemper 2016) verstanden werden. Zu möglichen Koalitionen mit der CDU, der einzig realistischen Koalitionsoption, sagt er: „Wir machen keinen Frieden mit einer Partei, solange diese Funktionärschicht dort das Sagen hat, die das Sagen hat.“ In Europa seien Italien und Frankreich seine „Partner“, an deren „Erfolgsrezepten“ die AfD sich orientieren solle. Matteo Salvini tue, was Höckes „Herzen entspricht“ und was nach seinem „Willen“ „auch irgendwann mal die Mehrheit der Partei als Grundlage ihrer Programmatik formulieren wird“. Er nennt es die „Kombination aus Identität und Solidarität“ – Chiffre seiner autoritären völkisch-nationalistischen Sozial- und Abschottungspolitik.

Politisches Programm und Positionen im Wahlkampf

Laut der Prognose Höckes befindet sich das deutsche Parteiensystem in einer „Phase äußerster Beunruhigung“; der „Wählerwille“ und „Probleme“ seien von „den etablierten Parteien nicht in konkrete Politik übersetzt“ worden. In dieser „Zeit einer Wende“ werde „der AfD eine große, eine vielleicht sogar dominierende Zukunft im Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland zufallen.“ Diese Rolle könne ihr jedoch nur zukommen, wenn sie es „klug anstellen“ und „die Einheit wahren“ würde. In Höckes Vorstellung splittet sich das deutsche Parteiensystem zukünftig in eine unbedeutende Mitte aus CDU, SPD und die Linke, einen „grünen Machtblock“ der „Antideutschen“ und „Multikulturalisten“ und einen „bürgerlich-patriotischen Machtblock“. In dieser Konstellation werde die AfD zur „stärkste[n] Volkspartei“, insbesondere da die Erfolge der Grünen nur auf der „Erzeugung“ eines „Klimahypes“ und einer „Mentalitätsmanipulation“ (mit „viel Geld im Hintergrund“) beruhen würden. Das Wahlergebnis, prognostiziert Höcke, werde „als historisch zu bewerten sein.“

Klima/Umwelt

Den Klimawandel, „eine Hypothese – und mehr ist es nicht“, solle man im Wahl-

kampf möglichst „umschiffen“ und die „Diskussion“, ob dieser existent, natürlich oder vom Menschen verursacht ist, „gar nicht [...] führen“. Stattdessen empfiehlt Höcke die Taktik der Verunsicherung. Klimamodelle seien zu komplex, sie hätten „sehr viel mit Mathematik zu tun“, sie seien sogar so komplex, dass „keine Angela Merkel – Doktor der Physik – diese „jemals in ihrem Leben verstehen“ werde. Überhaupt handelt es sich nach Höckes eigener, witzig unterkomplexer Darstellung nur um „Faktoren, die reingenommen werden oder rausgelassen werden.“ Wer „entscheidet“, welcher dieser Faktoren „drinbleiben darf“, das „wissen wir alle“, das sind die „Auftraggeber“. Diese Auftraggeber entschieden bereits im Voraus, wie das Ergebnis ausfalle, hätten sie doch „entsprechendes Geld“, um „solche Untersuchungsergebnisse zu beeinflussen“.

Die Taktik der Ablenkung und des Leugnens nennt Höcke „ein paar Indizien liefern, die gegen den menschengemachten Klimawandel sprechen.“ Dansgaard-Oeschger-Phänomene sind eines seiner Ablenkungsindizien. Es sind zyklisch auftretende Klimaveränderungen:

„Ein Dansgaard-Oeschger-Zyklus dauert ca. 1.500 Jahre und beginnt mit einer ca. 1.000 Jahre anhaltenden, relativ stabilen Kaltphase. Diese wird durch eine sehr schnelle Erwärmung, die auf Grönland bis zu 15 °C umfassen kann, nach 100 bis 200 Jahren beendet. Nach weiteren 200 bis 400 Jahren geht die anschließende Warmphase dann wieder in eine langsame Abkühlung über, auf die nach 50 bis 200 Jahren wieder eine stabile Kaltphase folgt.“ (Hebbeln 2015)

Höckes kurze Darstellung dieser, in seinen Worten „Wetter“-Ereignisse ist soweit korrekt – in einen Zusammenhang mit derzeitigen Klimaveränderungen gesetzt, werden diese jedoch in keiner wissenschaftlichen Publikation.

Seine Darstellung des „Naturzerstörungsprojekts“ Windenergie folgt dem gleichen Muster. Mit kontextlosem Zahlenmaterial soll Verwirrung gestiftet werden. Auch Höckes mathematisch unplausible Berechnung des in Deutschland verursachten CO₂-Anteils in der Luft verfolgt

lediglich das Ziel, eine maximal kleine und unbedeutend klingende Prozentzahl zu suggerieren, die Investitionen in die Energiewende und Umweltpolitik in Gänze überflüssig erscheinen lässt. Die „sogenannte Energiewende“ wird, vermutlich basierend auf einer AfD-Anfrage zur EEG-Umlage, als „gigantisches, unsoziales, planwirtschaftlich organisiertes Umverteilungsprojekt“ gerahmt und auf diesem Wege mit sozialpolitischen Forderungen verbunden. Umweltpolitik sei überflüssig, denn man könne „das Weltklima hier [...] in Deutschland nicht retten“, und außerdem gefährde diese „unser Volksvermögen, den sozialen Frieden, die Wirtschaftskultur unseres Landes, die Reste unserer Naturschönheit, unserer schon stark zersiedelten Heimat“.

Migration: Der japanische Weg

Einwanderungspolitisches Ziel sei es, „von unserem Land“, der „gewachsenen Nation“ im Gegensatz zum „Einwanderungsland“, an „Substanz“ zu erhalten, „was noch zu erhalten ist“. Deutschland werde durch die „Politik gegen die Interessen unseres Landes und Volkes“ von der CDU „aufgelöst“. Woraus der Auflösungsprozess bestehen soll, wird nicht weiter ausgeführt, lediglich der Zusammenhang mit Einwanderung postuliert. Seit 1955 seien durch die CDU „Millionen Migranten“, die „heute in Parallelgesellschaften leben“, nicht ins Land, sondern in „unsere Sozialsysteme“ gekommen. Jede Person mit Migrationshintergrund, die in Deutschland lebt, ist somit Teil des zu stoppenden Auflösungsprozesses und gehört einer auszuschließenden Gruppe an. Laut einem FAZ-Artikel von 2010⁴ koste das „Totalversagen“, die „verfehlte Einwanderungspolitik“, also jegliche Form der Einwanderung, allein bis 2007 den „deutschen Steuerzahler“ eine „Billion Euro Sonderschulden“. Höcke konstruiert eine von ‚uns‘, dem „deutschen Steuerzahler“, lebende Klasse der Unproduktiven, Nutzlosen und zusätzlich die Gefahr, diese Klasse werde, durch Verweis auf Bevölkerungswachstum im

4 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/integration/die-schrumpfung-vergreisung-der-deutschen-deutschland-verschlaeft-den-kampf-um-talente-1579548.html>

„subsaharischen Afrika“, immer größer. Das nur durch Abschottung zu stoppen- de Untergangsszenario ist die Hinleitung zur angestrebten „programmatischen Verschiebung“, dem „japanischen Modell“. „Wenn wir von Deutschland und Europa in 20 oder 30 Jahren noch irgendetwas erkennen wollen [...], dann müssen wir den japanischen Weg gehen“. Was diesen Weg im Detail ausmacht und wie er in Deutschland angewandt werden soll, erklärt Höcke nicht, verweist aber auf ein vom AfD-Politiker Jan Moldenhauer verfasstes und im neurechten Antaios-Verlag Götz Kubitscheks erschienenes Heft zu Japan. Die japanische Migrationspolitik zeichne sich im Gegensatz zur deutschen dadurch aus, „keine rechtsstaatswidrige, [...] keine unmoralische und [...] keine menschenfeindliche Politik“ zu sein. Dort fände keine „Vergangenheitsbewältigung“ statt, die die Zuwanderung als historisch-moralische Pflicht verkauft.“ Gastarbeiter „aus kulturnahen Räumen“, die es auch gäbe, aber „ausnahmslos [...] nach drei Jahren das Land verlassen“ müssten, sind demnach die einzig akzeptable Form der Zuwanderung. Diese angestrebte „hoch moralisch[e]“ Politik sei eine „identitätserhaltende“. Der Schlusssatz der Rede „Holen wir uns unser Land zurück“ verdeutlicht, dass es ihm nicht nur um zukünftige Abschottung, sondern auch um die Forderung nach Ausweisung jener zuvor konstruierten unproduktiven Klasse, einer „Remigration“, geht. „Wir werden keine illegalen Migranten“, und nach Höckes Programm sind das alle zukünftigen, ebenso wie die bereits in „Parallelgesellschaften“ lebenden, „integrieren!“ Es ist das Programm für einen geschlossenen ethnisch deutschen Nationalstaat, wie auch der Begriff der „Identität“ zeigt, der im sozialpolitischen Teil der Rede behandelt wird.

Sozialpolitik

Das sozialpolitische Programm stellt Höcke unter den Begriff des „solidarischen Patriotismus“. Dieser wird definiert als die „Kombination“, die „Synthese von Solidarität und Identität“. Der Argumentationsgang zeigt, dass es sich um ein völkisch-nationalistisches Sozialprogramm handelt.



Paul Bey/Benno Nothardt (Hg.): **Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien. Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen**, Münster: Unrast 2019, 158 Seiten, 16 Euro (ISBN 978-3-89771-773-2)

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert.

Die Autor*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff Meinungsfreiheit im Spannungsfeld extreme Rechte, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extrem Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

Der binären Reduktion auf falsch verstandene Meinungsfreiheit einerseits und dem Ruf nach Verboten von Hate Speech andererseits werden kreative und solidarische Formen des Widerstands entgegengestellt, wie Internetproteste und feministische Interventionen.



Siegfried Jäger / Jens Zimmermann
(hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast
144 S., 16 Euro

Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung

Nachdruck der 6. vollständig
überarbeiteten Auflage

Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Siegfried Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositivanalytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

Das Soziale wird an die Nation gebunden. Höcke bezieht sich in seiner Bestimmung auf die Kategorien „anywheres“ und „somewheres“ nach David Goodheart (2017), allerdings in einer Interpretation, die von Gauland stammt.⁵ Die Begriffe werden in Form einer „Dichotomie“ ohne Graubereiche verwendet, um die Menschen in zwei klar voneinander getrennte Gruppen einzuteilen. Das, was Höcke unter „Identität“ versteht, besitzen nur die „somewheres“. Sie haben eine „geographische“, also an den Geburtsort gebundene „Identität“. So gebe z.B. ein Lehrer die „Kultur“ eines Landes „selbstverständlich“ weiter, in die er und seine Schüler „hineingeboren“ worden seien. Auch der „Nationalstaat“ ist Teil der von Höcke als wahr und echt bezeichneten Identität, wie sich aus seinen Aussagen zur „künstlichen“ der „Globalisten“ ablesen lässt. Die echte Identität besteht also aus der Identifikation mit einem Nationalstaat und einer Kultur, in die man hineingeboren worden sein muss, und ist somit territorial gebunden. Nur wer über dieselben Merkmale verfügt, könne als „gleichgeartet“ „identifiziert“, also anerkannt werden, und nur diesem gegenüber könne sich „Solidarität“, der zweite Aspekt des „solidarischen Patriotismus“, bilden. Solidarität entstehe aus gelebtem „Vertrauen“ und der Gestaltung „gemeinsame[r] Verantwortungsräume“ und erzeuge „Stärke“, welche wiederum „Widerstand“ ermögliche – auch gegen „willkürliche Eliten“. ‚Ethnos‘ statt ‚Demos‘, Widerstand gegen den zersetzenden inneren und äußeren Feind. Konkrete Maßnahmen werden nicht erwähnt. Funktion des Programms ist es, den Wählern aufzeigen, wer zukünftig von Sozialpolitik profitieren oder bedacht und wer ausgeschlossen werden soll.

Die „willkürlichen Eliten“ mit ihren „künstlichen Identitäten“ sind es, die den „totalitären Globalismus“ betreiben. In dieser verschwörungsideologischen Erzählung gibt es eine „unbeschränkte Masseneinwanderung“ zur „bewussten Erzeugung von Krisen“, die von den „globalen Eliten“ betrieben wird, um die Gesellschaft

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alexander-gauland-warum-muss-es-populismus-sein-15823206.html>

„zu ‚kochen‘ und von allen identitären Bindungen zu befreien“. Wer die „globalen Eliten“ sind, spricht Höcke nicht aus, das Publikum kann sich jedoch denken, wer: die, die „Grenzen“ nicht kennen, nicht als „gleichgeartet“ zu identifizieren sind, den Nationalstaat hassen, eine „Unkultur“ besitzen und die „somewheres“ „auspressen“ und „drangsalieren“ sind. Die ‚wahren‘ Eliten mit den ‚wirklichen‘ Identitäten sollen zurück an ihre ‚natürliche‘ Position gelangen.

Konklusion?

Höckes Schluss ist eindeutig. Sie, die unbeugsamen Antagonisten, die wahren Demokraten, seien durch die „nicht verhandelbar[en]“ Kernelemente „Solidarität und Identität“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Versammlungsfreiheit“, „Meinungsfreiheit“, „Familie als Keimzelle unseres Volkes und Staates“, „Muttersprache und Vaterland“ sowie „die deutsche Nation“ die letzte Chance zur Umkehr – der Wendepunkt.

Literatur

Goodhart, David. 2017: The road to somewhere: the populist revolt and the future of politics, Oxford.

Hebbeln, D. 2015: Klimaschwankungen während der letzten Eiszeit. In: Lozán, José L., Grassl, Hartmut u.a. (Hg.): Warnsignal Klima: Das Eis der Erde. pp. 51-56. Online: www.klima-warnsignale.uni-hamburg.de - doi:10.2312/warnsignal.klima.eis-der-erde.08 (Abruf: 30.07.2019).

Kellershohn, Helmut 2017: Kampf zweier Linien in der Neuen Rechten und der AfD, in: Aigner, Isolde u.a. (Hg.): Autoritäre Zuspitzung, Münster, 121-136

Kemper, Andreas 2016: http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf



Der Verfall des Bildungssystems als Chiffre für den Untergang der Nation

Anmerkungen zur Bildungskritik von Josef Kraus

Kim Kemner

Josef Kraus ist als Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) und über die Veröffentlichung einiger populärwissenschaftlicher Bücher zu Bildungsthemen bekannt geworden. Vor diesem Hintergrund ist er immer wieder Gast in Talkshows. Zum Ende seiner Amtszeit beim DL hin publizierte Kraus auch in Diskursorganen der Neuen Rechten wie der Zeitschrift Junge Freiheit und dem Cato-Magazin. In dem vom Alt68er Frank Böckelmann herausgegebenen Magazin TUMULT – Vierteljahresschrift für Konsensstörung veröffentlicht Kraus regelmäßig unter dem Schlagwort „Vergeigte Bildung“ Beiträge. Die Gegenwartsdiagnosen von Kraus passen grundsätzlich zur doppelten Stoßrichtung des Tumult-Magazins, zum einen der Kritik an Prozessen der Ökonomisierung und zum anderen an ‚von links‘ artikulierten egalitären, universalistischen, auf ‚Vielfalt‘ gerichteten Werten. In Kraus’ Kritik am gegenwärtigen Bildungssystem

und hiermit verknüpften Bildungsreformen zeigen sich beide Stoßrichtungen als Fragmente einer umfassenden Dekadenzerzählung, die letztlich das ‚Nationale‘ als Ausgangspunkt und Lösung der Gegenwartsdiagnose begreift. Ein übergeordnetes Ziel scheint es hierbei zu sein, die Hegemonie des gegenwärtigen „progressiven Neoliberalismus“ (vgl. Fraser 2017) zu brechen. Die Argumentationsfiguren von Kraus greifen das gegenwärtige Bildungssystem von einem neuhumanistischen Standpunkt aus an, an den auch vordergründig eine Kritik an der Ökonomisierung der Bildungslandschaft geknüpft ist. Anstatt aber hieran eine grundsätzliche Infragestellung des Neoliberalismus anzuschließen, verortet Kraus den Zustand des Bildungssystems letztendlich in den Verantwortungsbereich ‚der Linken‘, die das ‚Desaster‘ des Bildungssystems hauptsächlich zu verantworten hätten. Entlang seiner Verhandlung von ‚Differenz‘ und

‚Leistung‘, auf die ich im Folgenden näher eingehen will, lassen sich indes die Linien eines Gegenentwurfs gesellschaftlicher Ordnung nachzeichnen, der eine Verknüpfung von Rechtskonservatismus mit neoliberalen Dogmen beinhaltet.

Bildungskritik zwischen Neuhumanismus und Leistungsideologie

Das gegenwärtige Bildungssystem beschreibt Kraus als gekennzeichnet von Vermassung, Vereinheitlichung und einem hiermit einhergehenden Qualitätsverlust von Bildungsprozessen und Bildungsinhalten. Immer mehr junge Menschen erlangten das Abitur und hiermit die Hochschulzugangsberechtigung, seien aber immer weniger tatsächlich „studierfähig“ (Kraus 2018a, 106). Die kompetenzorientierte Ausrichtung der Lehrpläne und eine Inflation guter Noten trügen zu einer Entwertung des Abiturs bei, denn,

„[w]enn indes eines Tages alle jungen Leute Abitur haben, dann hat keiner mehr Abitur“ (ebd.). Das Abiturzeugnis verkomme auf diesem Wege zur „Discounter-Ware“. Die Konsequenzen der Ökonomisierung des Bildungssystems nimmt Kraus hierbei kritisch in den Blick, wenn er die dominante Orientierung der Bildungsinstitutionen an „Qualifizierung“ und der hiermit verknüpften „Fixierung auf das Nützliche, Verwertbare, Messbare“ (ebd., 105) moniert.

Im Rahmen der Ökonomisierung des Bildungssektors lassen sich Universitäten und Schulen durchaus immer mehr als marktorientierte Unternehmen verstehen. Dies hat wesentliche Konsequenzen für die Strukturierung von Bildungsinhalten zu Gunsten einer Ausrichtung an Nützlichkeits- und Verwertbarkeitskriterien. Mit seiner Kritik steht Kraus daher nicht allein. Kritisiert wird unter anderem die Kompetenzorientierung der schulischen Lehrpläne, die eine „Vereinseitigung des Bildungsbegriffs“ (Höhne 2019, 20) darstelle, indem sie eine „primär ökonomische[...] Wertbestimmung von Bildung im Anschluss an den Arbeitsmarkt“ (ebd.) beinhalte. Eine ähnliche Verschiebung lässt sich auch für das Studium feststellen. Gefordert wird das „unternehmerische Subjekt“ (Ulrich Bröckling), das sich im Bemühen um Besonderung ein individuelles Profil erarbeitet. Von dieser Warte aus den Verlust von Bildungsqualität und eine Zweckentfremdung von Bildung zu monieren, ist mehr als berechtigt.

Indem Kraus diese Kritik adaptiert, öffnet er seine Argumentation – insbesondere über den Rekurs auf das humboldtsche Bildungsideal – für ein bildungsbürgerliches Milieu. Seine Kritik an ein auf Zweckmäßigkeit und Funktionalität verkürztes Bildungsverständnis bedeutet aber keine Infragestellung der neoliberalen Anrufung, die wesentlich ist für die Subjektadressierung im an den Gesetzmäßigkeiten des Marktes orientierten Bildungswesen. Vielmehr macht Kraus ‚linke Ideologien‘ hauptverantwortlich für den konstatierten Qualitätsverlust von Bildung. Eine davon sei der „Egalitarismus“, den er in einem seiner Vorträge in der Bibliothek des Kon-

servatismus¹ als eine der „Ideologien“ beschreibt, die ihren Ursprung in der 68er Bewegung hätten (vgl. Kraus 2017). Eine vermeintlich egalitäre Bildungspolitik ist in dieser Perspektive wesentliche Ursache für den Qualitätsverlust von Bildung, denn mit der Egalisierung des Unterrichts gehe eine „Absenkung des Anspruchsniveaus“ (ebd.) einher. Dies sei auch nicht im Sinne der weniger Privilegierten, die – anders als Schüler_innen aus bildungsnahen Milieus – nicht über die Ressourcen verfügten, diesen Mangel auszugleichen (vgl. ebd.).

Die Art und Weise, wie Kraus darüber hinaus die Forderung nach Egalität bewertet, zeigt wesentliche Argumentationsstrukturen rechtskonservativer Gegenwartsbearbeitung auf: erstens die Betonung von Leistung als Grundprinzip gerechter Verteilung sowie als Teil eines konservativen Werterepertoires, dessen gesellschaftlicher Bedeutungsverlust kritisiert wird; und zweitens eine Artikulation von Differenz, die mittels der Kritik von Egalität als „Gleichmacherei“ und ihrer vermeintlichen Umsetzung als „totalitäre“ Praxis die wahre Vielfalt in eine quasi vorgesellschaftliche Sphäre verlagert. Von diesem Ausgangspunkt aus lässt sich die Förderung in der Schule nach unterschiedlichen Begabungen als ein ‚natürlicher‘ Anspruch auf Differenz legitimieren. Egalitären Maßnahmen stellt Kraus das Leistungsprinzip gegenüber. So sei „[e]ine gerechte Schule [...] eine Schule der Leistung“ (Kraus 2018b, 109) und weiter heißt es dann:

„Es gibt keine gerechte Alternative zum Leistungsprinzip in der Schule. Wer in der Schule das Leistungsprinzip untergräbt, setzt zugleich eines der revolutionärsten demokratischen Prinzipien außer Kraft. In unfreien Gesellschaften sind Geldbeutel, Geburtsadel, Gesinnung, Geschlecht oder dergleichen Allokationskriterien – Kriterien zur Positionierung eines Menschen in der Gesellschaft. Freie Gesellschaften

¹ Die *Bibliothek des Konservatismus* ist eine neurechte Denkfabrik mit Sitz in Berlin. Neben der Sammlung rechtskonservativer Literatur ist die Bibliothek auch Ort für Veranstaltungen der Neuen Rechten. Träger ist die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF), in der Dieter Stein (Chefredakteur der Zeitschrift *Junge Freiheit*) seit 2007 den Vorsitz innehat.

haben an deren Stelle das Kriterium Leistung vor den Erfolg und vor den Aufstieg gesetzt. Ein revolutionärer Fortschritt und zudem die große Chance zur Emanzipation für jeden Einzelnen!“

Hier argumentiert Kraus in (neo-)liberaler Logik, indem er Leistung als emanzipatorisches Prinzip markiert. Eng verknüpft mit dieser meritokratischen Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit ist die Hervorbringung von Differenz als etwas im Menschen Angelegtes. Kraus insistiert: „Die *conditio humana* kennt keine Gleichheit. Menschen kommen unterschiedlich auf die Welt“ (ebd., 106, Hervorh. i. Orig.). Gerechte Bildung müsse demnach „[f]ördern durch Differenzierung“ (ebd., 109) und hierbei akzeptieren, dass „Fördern und Auslese zusammengehören“ (ebd.) statt in gleichmachender Manier zu vereinheitlichen, was ungleich sei. Der schöpfergleichen Annahme, „jeder Mensch [könne] zu allem begabt werden“, stimme er nicht zu (vgl. Kraus 2017). Vielmehr spiele die genetische Veranlagung für die Bildung eine erhebliche Rolle. Dies zu verleugnen, sei Ausdruck der „Hybris“, des „Machbarkeitswahn[s]“, der dem Marxismus und Behaviorismus zugrunde liege und meine, den Menschen formen zu können (vgl. ebd.). Aus der Annahme eines dominanten Zusammenhangs zwischen der „intellektuellen Ausstattung“ und den Genen will er weder einen „pädagogischen Pessimismus“ noch ein „Werturteil“ abgeleitet wissen (vgl. ebd.), sondern eben nur auf die Verschiedenheit der Begabungen verweisen. Ein differenziertes Schulwesen erscheint von diesem Ausgangspunkt der Annahme einer genetisch veranlagten – und in Hinblick auf „Begabung“ begrenzenden – Differenz als logische Konsequenz. So müssten Bildungsinstitutionen auf die „Erzeugung von Differenz und nicht von Gleichheit“ (Kraus 2018b, 106) gerichtet sein. Das Prinzip der Differenzierung zeichnet Kraus auch in Hinblick auf die Elitenbildung als unentbehrlich. Die „Stärkeren“ nicht zu bremsen sei im Sinne der Gesamtgesellschaft (vgl. ebd., 109). Im Vergleich dazu sei das Anliegen des Egalitarismus nichts anderes als totalitäre Vereinheitlichung. Die Forderung nach einer egalitären Gesellschaft

„Die Linie, die hier entlang der Bildungspolitik der AfD und in den Texten von Kraus deutlich wird, lässt sich lesen als regressiver Gegenentwurf zum progressiven Neoliberalismus der Gegenwart. Die Schnittstelle von Rechtskonservatismus und neoliberalen Dogmen liegt hierbei in einer Logik, die Mitglieder einer Gesellschaft immer nur vertikal, d.h. in Unterordnung und Überordnung denkbar macht.“

wird hier konterkariert, indem ihre Implikationen über die Absprache ihres emanzipatorischen Potentials ins Gegenteil gewendet werden. Nicht die Befreiung des Individuums aus Bedingungen, die von ungleichen Lebenschancen geprägt sind, sondern die Verhinderung der Entfaltung von Individualität zum Nachteil aller, ist in dieser Argumentation die Konsequenz egalitärer Bildungspolitik.

Die Dekadenz der Gegenwart: Faulheit und Selbstvergessenheit

Wesentlich für eine Einordnung der Bildungskritik von Kraus ist der Tumult-Beitrag „Die selbstvergessene Bildungsnation“. Deutlich zeigt sich diese hier als Fragment einer Erzählung, die das ‚Nationale‘, das ‚Eigene‘ in einem Prozess des Verfalls begriffen sieht. Die Kritik am gegenwärtigen Bildungssystem erweist sich hierbei als Linie, an der entlang sich drei wesentliche Momente gegenwärtiger Gegenwartsdiagnose ‚von rechts‘ verdichten: Verlust nationalstaatlicher Souveränität (OECD und Pisa bestimmen Bildung?) und Verlust nationaler Identität (‚Einebnung nationaler Bildungsspezifika‘), verbunden mit einer nach innen gerichteten Kritik an der Schwäche, das ‚Eigene‘ zu verteidigen. Statt die Marktorientierung von Bildung als Konsequenz eines neoliberalen Umbaus des Bildungssektors zu benennen, erhebt Kraus die Veränderungen zum Beleg einer dekadenten Entwicklung der deutschen Nation, die die Eliminierung von allem, was „als typisch deutsch gilt“, zum Ziel habe (vgl. Kraus 2018a, 108). Die Beschreibung dieser Verfallsbewegung zeigt, wie hier ‚Deutsch-Sein‘ begriffen wird:

„Dadurch aber wird diese Nation farb- und gesichtslos. In der Individualpsychologie würde man die Preisgabe des Eigenen als Depersonalisation und damit als das Ergebnis einer schweren Psychose betrachten, als Merkmal einer Schizophrenie, einer Autoaggression oder einer Demenz. Sie kann allerdings auch die Folge von Gehirn- bzw. Charakterwäsche sein. Ähnlich wie für individuelle Identität und ihre Überwindung gilt dies für Kulturen und Nationen. Weil hier Hunderte, Tausende oder gar Millionen von Menschen betroffen sind, geht hier der Verlust des Eigenen etwas langsamer vonstatten.“ (Ebd.)

Der überzeichneten Pathologisierung ist hierbei auch eine ausgesprochene Essentialisierung inhärent. Das ‚Deutsche‘ wird hier als wesentlich dem ‚Eigenen‘ des Menschen innewohnend angenommen. Wer dieses ‚Eigene‘ nicht beschützt, ist in dieser Lesart entweder krank oder Opfer höherer Mächte. Eng verknüpft mit der mangelnden Verteidigungsfähigkeit des ‚Eigenen‘ in Form von „Selbstverleugnung und Überangepasstheit“ (ebd.) ist in der Dekadenzerzählung die Beschreibung eines Zeitgeistes, der mit Hedonismus, „Trägheit und Hingabe an das Luxusleben, Verlust an Tat- und Widerstandskraft“ als „Faktoren des Untergangs einer Kultur“ (ebd.) beschrieben wird. Kraus schließt hier den Kreis zur Bedeutung von Leistung in der Schule. Neben einem Qualitätsverlust der Bildungsinhalte moniert Kraus nämlich eine mangelnde Leistungsbereitschaft der Schüler_innen, die er in einer „kulturpolitische[n] Grundhaltung der Linken“ (ebd.) begründet sieht, die auf „Wohlfühlpädagogik“ und „Edutainment“

gerichtet sei und „Tugenden wie Fleiß, Disziplin und Anstrengungsbereitschaft“ nicht mehr befördere (vgl. ebd., 107f.).

Rechtskonservatismus und Neoliberalismus

Eine ähnliche Verbindung von Ökonomisierungskritik, neoliberalen Dogmen und konservativer Kulturkritik, wie sie bei Kraus aufgezeigt werden kann, kennzeichnet auch die Bildungspolitik der AfD. Auch sie beansprucht für sich die Positionierung gegen Kompetenzorientierung und eine globalisierte und ökonomisierte Bildung (vgl. AfD 2019). Ein Blick in das Bildungsprogramm der AfD zeigt eine nahezu deckungsgleiche Argumentation, wie die von Kraus: Vordergründige Kritik an Konsequenzen der Ökonomisierung des Bildungssektors mit Bezugnahme auf die einstige besondere Bildungstradition Deutschlands, die einmündet in eine Forderung nach den bekannten Prinzipien wie ‚Leistung‘ als Gerechtigkeitsparameter, die Beschwörung von Tugenden wie ‚Disziplin‘ und die Förderung von Elitenbildung. Prinzipien, die letztlich eine Forderung des „selektierenden Konkurrenzkampfes, der sich jetzt schon durch das komplette Bildungssystem zieht“ (Gohlke/Schaft 2019, 221) zur Konsequenz hat.

Gerahmt wird diese leistungsideologische Stoßrichtung mit der Betonung des Nationalen. Der Bezug auf das Nationale als Antwort auf die Gegenwartsdiagnosen markiert, von welchem Ausgangspunkt hier die Ökonomisierung der Lebensbereiche kritisiert wird: Der Neoliberalismus wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern seine gegenwärtige Ausprägung. Der gegenwärtigen Form des Neoliberalismus, so die implizierte Kritik, wohnt ein Bedeutungsverlust des Nationalen inne, zum einen in kultureller Hinsicht durch seine Verbindung mit kosmopolitischen, progressiven Wertorientierungen und zum anderen durch die Koppelung mit Transnationalisierungsprozessen, in deren Zuge supranationale Institutionen gegenüber nationalen an Macht gewinnen (vgl. Koppetsch 2019). Einer neoliberalen, leistungsideologischen Ordnung im Rahmen des Nationalen steht in dieser Logik allerdings nichts im Wege.



Felix Schilk

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

Edition DISS Band 39

Unrast-Verlag, Münster 2017

192 Seiten, 19,80 €

Phänomene wie Pegida und die AfD verdeutlichen die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft und signalisieren einen Rechtsruck in Deutschland. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse hat zwar durch die Flüchtlingspolitik einen großen Schub erhalten, er war aber schon vorher vorhanden. Er ist nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten.

Jürgen Elsässers Querfront-Magazin COMPACT ist ein wichtiger Teil der jüngsten rechtspopulistischen Mobilisierungen in Deutschland. Gemeinsam mit anderen alternativen Medien liefert es Deutungsangebote, Schlagwörter und Symbole. Im Umfeld von AfD und Pegida wird das ‚Magazin für Souveränität‘ intensiv rezipiert und stellt eine wichtige publizistische Infrastruktur dar, die zuletzt durch Zusammenarbeit mit Akteuren der Neuen Rechten erweitert wurde.

Deutlich wird in der Art und Weise, wie Kraus konzeptionell Differenz und Leistung zusammenführt und sie in eine Dekadenz Erzählung einbettet, die strukturelle Gemeinsamkeit der neoliberalen Anrufung von Differenz und einem Insistieren auf einer ‚eigentlichen‘ anthropologisch gegebenen Differenz, wie sie charakteristisch ist für das Menschenbild der Neuen Rechten: Beide evozieren eine „vertikale Differenzierung“, ein „unten und oben [...] besser und schlechter“ (Govrin/Gehrlach 2018; Hervorh. i. Orig.). Govrin und Gehrlach verweisen in diesem Kontext auf die Kompatibilität dieser beiden Differenzbegriffe: „Wo Ersteres [der neoliberale Differenzbegriff; K.K.] die vertikale Differenzierung aus dem Handeln des Subjekts entstehen sieht, weiß die moderne Rechte diese bereits ‚naturgemäß‘ in ihm angelegt“ (ebd.). ‚Differenz‘ ist also in der neoliberalen Logik Resultat, während die „moderne Rechte“ sie als (determinierenden) Ausgangspunkt annimmt. Hiermit ist schon ein weiterer Unterschied angedeutet: Während das Differenzkonzept der Rechten relativ starr ist durch die Annahme einer festgeschriebenen Identität, ist der neoliberale Differenzbegriff flexibel, durchlässig, uneindeutig, spontan anpassungsfähig (vgl. ebd.) – ein Grund, warum er sich bisher auch mit progressiven Leitbildern vereinbaren ließ. Die Wirkmächtigkeit neoliberaler Anrufung gilt es in alle Richtungen zu reflektieren, d.h. in Hinblick auf ihre hohe Kompatibilität mit unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen. So zeigt sich der Neoliberalismus auch nach ‚links‘ offen vor dem Hintergrund der Vereinnahmung eines progressiven Differenzbegriffs.

Die Linie, die hier entlang der Bildungspolitik der AfD und in den Texten von Kraus deutlich wird, lässt sich lesen als regressiver Gegenentwurf zum progressiven Neoliberalismus der Gegenwart. Die Schnittstelle von Rechtskonservatismus und neoliberalen Dogmen liegt hierbei in einer Logik, die Mitglieder einer Gesellschaft immer nur vertikal, d.h. in Unterordnung und Überordnung denkbar macht.

Quellen

AfD 2019: *Bildung/Schule*; <https://www.afd.de/bildung-schule/> (Abruf: 13.10.2019).

Kraus, Josef 2018a: *Vergeigte Bildung: Eindrücke – Erkenntnisse – Einwände. Teil 5: Die selbstvergessene Bildungsnation*, in: *Tumult* 3/2018, 105-108.

Kraus, Josef 2018b: *Vergeigte Bildung: Eindrücke – Erkenntnisse – Einwände. Teil 4: Gleichheit und Gerechtigkeit sind zwei Paar Stiefel – auch in Sachen Bildung*, in: *Tumult* 2/2018, 106 -109.

Bibliothek des Konservatismus 2017: *Josef Kraus: Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt*; <https://www.youtube.com/watch?v=kHA6VtA5fsw> (Abruf: 13.10.2019).

Literatur

Fraser, Nancy 2017: *Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017, 71-76.

Gohlke, Nicole/Schaft, Christian 2019: *Völkisch, reaktionär und elitär. Das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm der AfD*, in: *Becker, Andrea u.a. (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte innerhalb der AfD und der Neuen Rechten*, Münster, 220-232.

Govrin, Jule/Gehrlach, Andreas 2018: *Vive la Différence! Wenn Linke und Rechte von #Differenz reden, meinen sie nicht das Gleiche*; <https://geschichtedergewenwart.ch/vive-la-difference-wenn-linke-und-rechte-von-differenz-reden-meinen-sie-nicht-das-gleiche/> (Abruf: 13.10.2019).

Höhne, Thomas 2019: *Mehrwert Bildung? Ökonomisierung im Feld der Schule*; <https://www.rosalux.de/publikation/id/39985/mehrwert-bildung/> (Abruf: 13.10.2019).

Koppetsch, Cornelia 2019: *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*, Bielefeld.



Frankfurter Neue Altstadt.

Quelle: By Mylius - Own work, GFDL 1.2, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=17067546>

Fachwerkromantik aus Stahlbeton

Zum Architekturverständnis der Neuen Rechten am Beispiel der Zeitschrift CATO

Dirk Dieluweit

Architekturkritik hat bei der Neuen Rechten einen hohen Stellenwert (vgl. Trüby 2019, 16), wie am Beispiel der Zeitschrift CATO aufgezeigt werden kann. Ihr spiritus rector, Karlheinz Weißmann, der Architekturkritiker Roger Scruton und der Architekt Léon Krier verfassen regelmäßig Artikel, in denen sie die moderne Architektur kritisieren. Da CATO Deutungsmuster der Neuen Rechten in der öffentlichen Debatte platzieren will, möchte ich im Folgenden die dort vertretene architekturtheoretische Position herausarbeiten und anschließend diskutieren, ob CATO dem eigenen Anspruch gerecht wird und eine menschengerechte Alternative zur

modernen Architektur anbieten kann. Zunächst aber einige Bemerkungen zu CATO und zu den Konzepten der in CATO kritisierten Architektur, die unter dem Namen Bauhaus weltberühmt geworden ist.

Die Zeitschrift CATO

Karlheinz Weißmann und Chefredakteur Andreas Lombard möchten die Meinungsführer des (Bildungs-)Bürgertums erreichen. Entsprechend sieht dann auch die Eigendarstellung aus: „CATO ist die Lektüre für Top-Entscheider aus Wirtschaft und Politik“ (Anzeigenpreisliste 2019). In der Anzeigenpreisliste werden ein Freibe-

rufler, ein Firmeninhaber und die leitende Angestellte einer Kommunikationsagentur als typische Leser vorgestellt. Generell möchte man anspruchsvolle und familienorientierte Leser erreichen. CATO beschäftigt sich nur wenig mit Tagespolitik. Stattdessen finden sich viele Artikel, die ästhetische Fragen aufgreifen oder den gegenwärtigen Zeitgeist kritisieren.

Die Zeitschrift mit einer Auflage von 25.000 Exemplaren (nach eigenen Angaben) gehört zum Netzwerk der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Deren Chefredakteur ist Dieter Stein, Karlheinz Weißmann einer ihrer wichtigsten Autoren. Die Redaktion von CATO und die von Stein geleitete *Bibliothek des Konser-*

vativismus nutzen das gleiche Gebäude. Bevor Andreas Lombard Chefredakteur von CATO wurde, war er freier Mitarbeiter beim Deutschlandradio Kultur und bei der Berliner Zeitung. Später leitete er die Manuscriptum-Verlagsbuchhandlung.

Die Grundzüge der Bauhaus-Architektur

Die in CATO kritisierte Architektur beruht auf Konzepten Le Corbusiers und des Bauhauses. Dieses Architekturverständnis fordert, nach funktionalen und nicht nach ästhetischen Vorgaben zu bauen. Den Ideen der Aufklärung folgend soll sich Architektur auf universell gültige Prinzipien stützen und nicht der Herrschaftsrepräsentation dienen (vgl. Schipper 2018). Um die Stadtbewohner vor Lärm und Abgasen zu schützen, sollen Wohngebiete, Industriegebiete und Erholungsgebiete voneinander getrennt werden (vgl. Fürst/Himmelbach/Plotz 1999, 33). Geschäfte sollen so platziert werden, dass sie schnell von der Wohnung aus zu erreichen sind. In den Bauhaus-Wohnungen waren die zum Wohnen und für Hausarbeit vorgesehenen Bereiche voneinander getrennt. Des Weiteren waren die Wohnungen so geplant, dass nur kurze Wege bei der Hausarbeit anfallen. Da die Architekten des Bauhauses der breiten Bevölkerung günstigen und funktionalen Wohnraum anbieten wollten, verwendete man industriell hergestelltes Baumaterial (vgl. ebd., 29). Die Bedürfnisse der Bewohner ermittelte man mit Methoden der empirischen Sozialforschung und industriellen Arbeitsplanung. Bei der Formgebung beschränkten sich einige Architekten auf gerade Linien, rechte Winkel und geometrische Figuren. Es gab aber auch Vertreter des Bauhauses, die auf geschwungenen Formen zurückgriffen, die den Anbruch eines neuen Zeitalters symbolisieren sollten. Große Fenster und Glasfassaden sollten die Grenzen zwischen Innen und Außen verwischen. Schwebende Elemente zeigten, dass technischer Fortschritt natürliche Grenzen überwinden kann. Stützen und die verwendeten Materialien versteckte man nicht, da man dies für unaufrichtig hielt. Zudem trennte man raumaufteilende und tragende Bauteile voneinander.



Bauhaus Dessau. Quelle: Von Lelikron - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=28368990>

Die Vertreter des Bauhauses und Le Corbusier forderten, Bauwerke nach Vorgaben der tayloristischen Arbeitsplanung, zu bauen und zu nutzen. Deshalb kann gegen die moderne Architektur dieselbe Kritik wie gegen die Industriegesellschaft oder den Kapitalismus vorgetragen werden. Nach Boltanski/Chiapello (2001) kann dem Kapitalismus eine Sozial- und eine Künstlerkritik entgegeng gehalten werden (vgl. ebd., 468). Die Sozialkritik thematisiert, dass der Kapitalismus ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit produziert. Die Künstlerkritik greift die Industriegesellschaft an, da sie emotionale Bindungen durch sachliche Beziehungen ersetzt. Zudem setzten sich Formen der Arbeitsorganisation durch, die nur wenig Raum für Kreativität lassen. Dem hält die Künstlerkritik Forderungen nach mehr Autonomie bei der Arbeit und emotionaler Nähe entgegen. So wünschten sich viele Arbeitnehmer ein familiäres Betriebsklima, und Konsumenten wünschten Produkte, die sie emotional berührten. Auf Arbeitgeberseite reagierte man auf diese Kritik, indem man einem Teil der dort formulierten Wünsche nachkam. Starre Hierarchien wurden durch Arbeitsgruppen ersetzt, in denen die Arbeiter ihre Arbeit selbstständig planen müssen. Netzwerke kleiner und mittelständischer Betriebe übernahmen Aufgaben, die Großunternehmen vorher in Eigenregie erledigten. Dadurch wurde

es besser möglich die Produktion an Kundenwünsche anzupassen (vgl. ebd., 475). – Soweit Boltanski und Chiapello. Geht man von ihrer Unterscheidung aus, zeigt sich, wie und mit welchen Intentionen die Neue Rechte die Bauhaus-Architektur kritisiert.

Die Kritik der Neuen Rechten an der modernen Architektur

Léon Krier (2018b) wirft den Befürwortern moderner Architektur vor, ein Elitenprojekt zu verfolgen, dass den ästhetischen Bedürfnissen der breiten Bevölkerung zuwiderlaufe (vgl. ebd., 53.). Dies ist aber auch der einzige Aspekt einer Sozialkritik, der in CATO angesprochen wird. Es überwiegt die Künstlerkritik.

Scruton (2017) etwa kritisiert die moderne Architektur, da diese nichts dauerhaft Schönes planen könne. Dies rührt daher, dass man sich nur an funktionalen Vorgaben orientieren würde (vgl. ebd., 39). In Abgrenzung zur Bauhaus-Bewegung und zu Le Corbusier fordert Lombard (2018), dass Architektur natürliche und harmonische Formen schaffen solle (vgl. ebd., 48). Funktional gestaltete Städte und Häuser könnten keine kollektive Identität und kein positives Selbstbild vermitteln. Dies rühre daher, dass funktional gestaltete Gebäude keine Geschichten erzählen und historische Bezüge leugnen. Dadurch fehle der architektonischen Moderne die

individuelle Note (vgl. Ross 2019, 82). Die Einteilung von Städten in voneinander getrennte Funktionsbereiche entfremde die Menschen von ihren Nachbarn. So zerstreuten entmischte Stadtviertel die Menschen über die ganze Stadt, obwohl nur schwerindustrielle Produktionsanlagen eigene Stadtgebiete benötigten. Dadurch müssten weite Wege zurückgelegt werden, um Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten zu erreichen. Dies mache es für Städter schwer, lokale Netzwerke zu bilden. Dies treffe vor allem Menschen, die nur wenig Geld haben und auf lokale Gemeinschaften angewiesen seien. Verstärkt werde dies dadurch, dass nach Vorgaben der modernen Architektur geplante Gebäude keinen Bezug auf die Umgebung nähmen (vgl. ebd., 81). Dies verhindere, dass sich die Menschen mit ihrer Region identifizierten. Deshalb könne dort kein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen (vgl. Scruton 2017, 41). Dies hat nach Meinung Björn Höckes (2017) fatale Folgen. Denn Gesellschaften seien auf eine gemeinsame Identität angewiesen, um anomische Zustände zu verhindern. Dazu passend fordert Karlheinz Weissmann (2019, 85), dass Architektur den Volkscharakter widerspiegeln soll. Nach Scruton (2017) entspringt die moderne Architektur einem staatszentrierten Gesellschaftsverständnis. Demnach

durchdringen staatliche Institutionen alle Lebensbereiche und gestalten sie nach funktionalen Vorgaben um (vgl. ebd., 36). Dies beraube die Menschen ihrer Kreativität, da durchgeplante Gebäude keinen Raum für spontane Regungen und Eigenverantwortung ließen (vgl. Krier 2017, 28). In dem Maße, in dem sich Gebäude und Städte an Vorbildern aus der fordistischen Produktion orientierten, würden Künstler und Architekten durch Ingenieure ersetzt (vgl. Krier 2018c, 65).

Die Lösungsvorschläge der Neuen Rechten

Als Gegenentwurf zur funktionalistischen Stadt zeichnen CATO-Autoren ein positives Bild des Landlebens. Dörfliche Regionen werden als gewachsene Gemeinschaften beschrieben, die Sicherheit vor einer globalisierten Wirtschaft bieten (vgl. Kennedy 2019, 200ff.). Kleine Handwerksbetriebe lösen die industrielle Massenproduktion ab (vgl. Krier 2018a, 60ff.). Um den täglichen Bedarf vor Ort decken zu können, wird nicht mehr für den Weltmarkt, sondern nur noch für die nähere Umgebung produziert. Da dort die Produktion nicht automatisiert werden kann, soll dadurch die Arbeitslosigkeit zurückgehen (vgl. ebd., 64).

Große Funktionsbauten will Krier durch

kleine auf ihre Umgebung abgestimmte Gebäude ersetzen. Zudem soll Architektur die Stadtgeschichte mit einbeziehen (vgl. ebd., 65). Die in CATO vorgestellten Lösungsvorschläge bevorzugen familiäre Bindungen und Traditionen gegenüber der durchrationalisierten industriellen Welt und entsprechen Boltanskis und Thévenots Cité der häuslichen Welt (vgl. Boltanski/Thévenot, 2007, 329).

Die CATO-Autoren sehen in städtebaulichen Rekonstruktionsprojekten eine Möglichkeit, mit Architektur Identität zu stiften. Historische Gebäude sollen dabei originalgetreu rekonstruiert werden. Dadurch brechen solche Projekte mit funktionalistischen Vorgaben und stellen historische Bezüge her. Die von Léon Krier geplante und auf eine Initiative von Prinz Charles zurückgehende Mustersiedlung Poudbury wird in CATO gelobt, da dort Mischnutzung verwirklicht wurde und die Architektur historische Besonderheiten unterstreicht (vgl. Scruton 2017, 41).

Diskussion der in CATO vorgeschlagenen Alternativen zur modernen Architektur

Wie bereits angedeutet, sind die in CATO dargestellten Alternativen zur neoliberalen Globalisierung rückwärtsgerichtet, wobei betont werden muss, dass rechtes Architekturverständnis nicht durchweg rückwärtsgerichtet ist. So zählt der Futurismus auch zur modernen Architektur. Nach CATO ist ein entfesselter Kapitalismus auf offene Grenzen und freien Warenverkehr angewiesen. Territorial fixierte Identitätskonzepte und traditionelle Lebensentwürfe sind demnach ein Mittel, um dem neoliberalen Umbau von Staat und Gesellschaft entgegenzuwirken und kulturellen Konsens zu stiften. Dazu passend fordert Karlheinz Weißmann (2019, 85) wie bereits erwähnt, dass Architektur den Volkscharakter ausdrücken soll. Dagegen sprechen zwei Argumente.

Erstens: Neoliberalismus und territorial fixierte Identitäten schließen sich nicht aus. Wie Sassen (2008) zeigt, ging der Neoliberalismus zwar mit einem grundlegenden Staatsumbau einher: So übertrug man parlamentarische Kompetenzen an Ge-



Le Corbusier: Villa Savoye

Von Valueyou - <http://en.wikipedia.org/wiki/File:VillaSavoye.jpg>, CC BY-SA 3.0, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=5342511>

richte oder Exekutivbehörden; gleichzeitig übernahmen Privatunternehmen die Aufgaben staatlicher Institutionen (vgl. ebd., 481ff.). Dieser Staatsumbau ging aber mit keinem generellen Souveränitätsverlust des Nationalstaates einher. Die Programmatik rechtspopulistischer Parteien zeigt im Übrigen, dass eine neoliberale Agenda und eine nationalstaatliche Orientierung (Renationalisierung) miteinander vereinbar sind.

Zweitens: Jede Gesellschaft bedarf eines gewissen kulturellen Konsenses, der es ermöglicht, Debatten zu führen und Kompromisse auszuhandeln. Wie Bourdieu zeigt, wird dieser Konsens durch das Bildungssystem und durch Massenmedien hergestellt. Politische Gemeinschaften konstituieren sich, indem sie sich von einem imaginierten Außen abgrenzen. Somit beziehen sich Kulturen immer auch auf kulturfremde Elemente (vgl. Bourdieu 2014, 618). Bourdieu und Wimmer (2005) zeigen, dass in symbolischen Kämpfen ausgehandelt wird, was zur eigenen Kultur gehört und was nicht. Hier setzen die Akteure ihr Kapital ein, um ihre Sicht auf die soziale Welt durchzusetzen. Demnach gibt es keine in sich homogene und eindeutig abgrenzbare kulturelle Essenz, die durch Architektur ausgedrückt werden könnte. Krier (2018a) fordert, mit einer kleinteiligen und handwerklichen Produktionsweise der Globalisierung und Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Diese Produktionsweise steht dem neoliberalen Umbau von Staat und Gesellschaft jedoch nicht im Wege. Nach Sassen (1996) ist ein flexibles Produktionsregime auf kleine Betriebe angewiesen. Diese Unternehmen übernehmen Aufgaben, die Großbetriebe ausgelagert haben, um flexibel agieren zu können (vgl. ebd., 79). Wenn Aufgaben von Groß- an Kleinbetriebe verlagert werden, beseitigt dies aber nicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Da sich CATO jedoch nicht zuletzt an die Inhaber und Führungskräfte binnenmarktorientierter Unternehmen richtet, entsprechen diese Lösungsvorschläge den wirtschaftlichen Interessen der Zielgruppe. In kleinen Betrieben besteht oft keine Tarifbindung. Deshalb ist fragwürdig, ob sich damit das Problem der prekären Beschäftigung lösen lässt.

„Die Vertreter der modernen Architektur kritisieren Ornamentik, da sie hierin architektonische Machtdemonstrationen sehen. Da von CATO-Autoren Ornamente und Denkmäler detailliert und wohlwollend beschrieben werden, legt dies den Schluss nahe, dass sie Architektur zu Repräsentationszwecken nutzen möchten. Damit nimmt Architektur politischen Charakter an und trägt zur Ästhetisierung von Politik bei.“

Bei den von Scruton (2017) und Krier (2018a) vorgeschlagenen Konzepten besteht die Gefahr, dass dörfliche Gemeinschaften oder Familien an die Stelle des Sozialstaates treten. Zudem stellt die Mischnutzung städtischer Räume keinen Gegenentwurf zum neoliberalen Umbau von Staat und Gesellschaft dar. So zeigt Walter Siebel (2015, 183), wie in der neoliberalen Stadt gemischt genutzte Flächen die an der Charta von Athen orientierten Flächennutzungspläne ersetzen. Krier (2018b) und Scruton (2017) loben Rekonstruktionsprojekte, da sie historische Bezüge herstellen. Jedoch ist die Art und Weise, in der Geschichte gedeutet wird, umkämpft. Dadurch, dass originalgetreue Rekonstruktionen nicht alle Nutzungsarten eines Gebäudes berücksichtigen, zeichnen sie ein einseitiges Geschichtsbild. Deshalb kritisiert Philipp Klein (2019) den Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche. Da dort versucht wurde, so originalgetreu wie möglich zu rekonstruieren, wurde das bekannteste Symbol für die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg beseitigt. Dadurch könnten Fragen der Kriegsschuld aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden (vgl. ebd., 196ff.). Zudem sind Rekonstruktionsprojekte ein Weg, mit dem Städte im Städtewettbewerb ihre Besonderheiten unterstreichen möchten, um Investoren

und wohlhabende Bewohner anzulocken (vgl. Siebel 2015, 254). Somit steht Traditionspflege dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nicht im Wege, sondern ist vielmehr ein Bestandteil des dazugehörigen Standortmarketings.

Die Vertreter der modernen Architektur kritisieren Ornamentik, da sie hierin architektonische Machtdemonstrationen sehen. Da von CATO-Autoren Ornamente und Denkmäler detailliert und wohlwollend beschrieben werden, legt dies den Schluss nahe, dass sie Architektur zu Repräsentationszwecken nutzen möchten. Damit nimmt Architektur politischen Charakter an und trägt zur Ästhetisierung von Politik bei.

Die moderne Architektur wird in den gesichteten Artikeln als Elitenprojekt bezeichnet, das die Menschen jeder Eigeninitiative beraubt. Tatsächlich lässt die Bauhausarchitektur den Menschen nur wenig Raum für von ihnen entwickelte Nutzungsmöglichkeiten. Jedoch ist fraglich, ob die Vorschläge von Krier und Scruton dies beheben. So fordern beide, Architektur solle sich an einem dem Menschen angeborenen Sinn für Ästhetik orientieren. Jedoch nutzen die von Krier und Scruton kritisierten Technokraten Methoden der industriellen Arbeitsplanung und empirischen Sozialforschung, um die Bedürfnisse der Nutzer zu ermitteln. Dagegen ist

der Wahrheitsanspruch, auf den sich Krier und Scruton berufen, weder wissenschaftlich noch demokratisch legitimiert.

Die gesichteten Artikel loben, dass Rekonstruktionsprojekte durch Spenden oder private Investoren finanziert werden. Passend dazu fordert Krier (2018a), dass privater Eigenheimbau den öffentlichen Wohnungsbau ersetzen soll, da über Grundbesitz eine emotionale Bindung an das Haus und die Umgebung geschaffen wird (vgl. ebd., S. 64). Jedoch ist umstritten, ob privater Wohnungsbau dies leisten kann. Laut Mitscherlich (2008) führt das Privateigentum an Grund und Boden dazu, dass die Stadtbewohner ihre Privatinteressen verfolgen und vereinzeln, anstatt kollektiv zu handeln und sich für menschengerechte Städte einzusetzen (vgl. ebd., 21). Private Investoren handeln aus Gewinninteresse und haben deshalb wenig Interesse daran, die Bedürfnisse einkommensschwacher Bevölkerungsschichten zu berücksichtigen. Hier übernehmen privatwirtschaftliche Akteure öffentliche Aufgaben, wie etwa die Stadtplanung. Mit Habermas (1990, 337) lässt sich deshalb sagen, dass diese Art von Städtebau einer Refeudalisierung der Gesellschaft Vorschub leistet. Die Gründe hierfür dürften in der Zielgruppe von CATO liegen. Freiberufler und Führungskräfte mittelständischer Unternehmen haben ihre Position oft aristokratischen Reproduktionsstrategien zu verdanken und befürchten, dass diese durch staatliche Regulierung unterlaufen werden (vgl. Bourdieu 2014, 383). Wenn EU-Recht etwa den deutschen Binnenmarkt für ausländische Dienstleister öffnet, bedeutet dies für Freiberufler und Unternehmen, die auf die Binnennachfrage angewiesen sind, zusätzliche Konkurrenz. Exportorientierte Branchen sind dagegen auf internationale Abkommen angewiesen, die grenzüberschreitenden Warenverkehr ermöglichen. Passend dazu kritisiert CATO auch die Exportorientierung der Deutschen Wirtschaft (vgl. Murray 2019, 30ff.).

CATO wirft der modernen Architektur vor, die Grundlagen des Gemeinwesens zu zerstören. Dadurch werden ästhetische Streitfragen zu Gegensätzen, die alle Funktionssysteme einer Gesellschaft betreffen und die Gesellschaft in zwei verfeindete

Lager spalten können. So kann die Rechte suggerieren, eine Alternative zur etablierten Sicht auf die Welt anzubieten (vgl. Koppetsch 2019, 157). Architekturkritik ist hierzu besonders geeignet, da es sich hier um ein vorgeblich unpolitisches Thema handelt. Dadurch kann CATO anti-aufklärerische Ideen propagieren, ohne offen rassistisch oder sexistisch zu agieren.

Literatur

Boltanski, Luc/Chiapello, Eve 2001: Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel, in: Berliner Journal für Soziologie Jg. 10, 459-471.

Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent 2007: Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft, Hamburg.

Bourdieu, Pierre 2014: Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France, hg. von Patrick Champagne u.a., Berlin.

Fürst, Franz/Himmelbach, Ursula/Potz, Petra 1999: Leitbilder der räumlichen Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert – Wege zur Nachhaltigkeit? Dortmund: Institut für Raumplanung.

Habermas, Jürgen 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/M.

Höcke, Björn 2017: Vollständiges Transkript der Rede von Björn Höcke vom 17.01.2017 im Ballhaus Watzke in Dresden; https://pastebin.com/embed_iframe/jQujwe89 (Abruf:26.06.2019)

Kennedy, Joe 2019: Countryside als politisches Projekt, in: Arch+ H. 235, 200-205.

Klein, Phillip 2019: Frauenkirchen-Mania, in: Arch+ H. 235, 196-199.

Koppetsch, Cornelia 2019: Gesellschaft des Zorns, Bielefeld.

Krier, Léon 2017: Und der Prinz hatte Recht, in: CATO H. 1, 26-33.

Krier, Léon 2018a: Berufen oder Arbeitslos, in: CATO H. 2, 60-66.

Krier, Léon 2018b: Das Ende der Heuchelei, in: CATO H. 5, 50-57.

Krier, Léon 2018c: Wie der Zauber verflieg, in: CATO H. 5, 63-69.

Lombard, Andreas 2018: Neues stürzt altes blüht, in: CATO H. 5, 44-49.

Mitscherlich, Alexander 2008: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt/M.

Murray, Douglas 2019: Merkel auf dem Rückzug, in: CATO H.1, 30-33.

Ross, Jane 2019: Heimweh als Wille und Vorstellung, in: CATO H. 3, 74-82.

Sassen, Saskia 1996: Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt/M.

Sassen, Saskia 2008: Das Paradox den Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte, Frankfurt/M.

Schipper, Rosanne 2018: 5 Merkmale von Kunst, Architektur und Design des Bauhausstils; <https://www.catawiki.de/stories/5263-5-merkmale-von-kunst-architektur-und-design-des-bauhausstils> (Abruf: 26.06.2019).

Scruton, Roger 2017: Menschlich zu bauen ist möglich, in: CATO H. 1, 34-45.

Siebel, Walter 2015: Die Kultur der Stadt, Berlin.

Trüby, Stephan 2019: Altstadt-Opium fürs Volk, in: Arch+ H. 235, 160-167.

Weißmann, Karlheinz 2019: Der leichte Riese, in: CATO H. 2, 83-85.

Wimmer, Andreas 2005: Kultur als Prozess. Zur Dynamik des Aushandelns von Bedeutungen, Wiesbaden.

Neoliberalismus und rechtspopulistische Ideologie am Beispiel Alice Weidels

Markus Gante

Spätestens mit dem Besuch Alice Weidels in Schnellroda bei Götz Kubitschek wurde klar, dass die nunmehr eingebürgerte Trennung zwischen liberalen Restbeständen aus Gründertagen und rechtem „Flügel“ innerhalb der AfD nicht aufrecht zu halten ist. Weidel sprach dort über das denkbar langweilig klingende Thema ‚Politik in Berlin‘. Die Rede klingt wie ein Bewerbungsgespräch und ist inhaltlich ungefähr so aufschlussreich wie ihr Buch *Widerworte – Gedanken über Deutschland*, aus dem sie ganze Passagen wortgleich in ihre Rede übernimmt. Sie liest ab, ist sich bewusst darüber, dass gerade an diesem Ort jedes Wort auf die Goldwaage zu legen ist, um nicht in die in ihren Schlussworten beschworene „Radikalisierungsfalle“ zu tappen, „aus der heraus wir die wahlentscheidende Mitte der Gesellschaft nicht mehr erreichen können.“ Die Rede ist ein Aufruf zur Geduld – *Politik in Berlin* „bewirkt nicht sofort eine politische Wende, aber bereitet unaufhaltsam den Boden dafür“, womit sie die praktische Kehrseite des aus Schnellroda stammenden metapolitischen Programms ist, leider mit dem Nachteil, dass sie sich an gewisse sprachliche Spielregeln zu halten hat. Die abgelesenen Passagen wirken hölzern, das Sich-Echtauffieren kalkuliert. Spannender wird es dort, wo Weidel beginnt frei zu sprechen. So unterbricht sie sich zum Ende ihrer Rede hin selbst an der Stelle, an der sie die demokratische Rationalität und Anschlussfähigkeit der AfD nochmals beschwört:

„Bereits die Tatsache, dass diese Gegenposition von uns bezogen wird, verändert etwas. Wir bewirken schon dadurch, dass wir da sind und beharrlich den Beweis antreten, dass eine andere, rationale und anschlussfähige; ich weiß ja, was es immer auslöst, wenn ich solche Schlagwörter bringe, ich versuche wirklich hier, tschak-



„Wollen Sie sich das einfach so gefallen lassen? Ich nicht. Deshalb bin ich in die Politik gegangen und habe dieses Buch geschrieben.“ (Alice Weidel)

ka, ich bin gleich fertig, dann können wir diskutieren. [Lachen aus dem Publikum – Kontext: die Diskussion fand intern statt, es existiert kein Videomitschnitt derselben] Ja, ist ja auch ein trockenes Thema für die Zeit, also ich geb's ja auch zu, ich bin ja gleich fertig. Wir wirken schon dadurch, dass wir da sind und beharrlich den Beweis antreten, dass eine andere, rationale und anschlussfähige Politik denkbar und möglich ist.“

Das versöhnliche Lachen des Auditoriums zeigt, dass die Nachricht angekommen ist: „wir wissen alle, ich muss das hier sagen, aber gleich machen wir die Kameras ja aus und können frei sprechen.“ Das Bewer-

bungsgespräch war ein Erfolg.¹

Dass man sich betont sympathisch findet und Einigkeit nach außen symbolisiert, täuscht allerdings nicht darüber hinweg, dass inhaltlich, insbesondere in Bezug auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, bei weitem bisher keine gemeinsame Linie gefunden worden ist. Kubitschek selbst erzählt so „aus dem Nähkästchen“, dass es „über diese Fragen [die von Kapitalismus und Antikapitalismus; M.G.] bereits zu heftigen internen Debatten, bis hin zu Auseinandersetzungen darüber, ob es bereits der Kapitalismus *an sich* sei, gegen

¹ Alle Zitate finden sich zum Ende des Vortrages (Minute 51ff.), der sich hier abrufen lässt: <https://www.youtube.com/watch?v=d3ePxmThKmo>

den man jetzt einen Entwurf zu stellen habe“ gekommen sei. (Kubitschek 2018, 9) Die am äußeren Rand der Rechten vertretenen Positionen sind divers und reichen von der dezidierten Zentralstellung der *sozialen Frage* durch Benedikt Kaiser, bis hin zu den libertären Überlegungen im Umfeld der Zeitschrift *eigentlich frei*. Die Debatte darum, wie man's nun mit dem Kapitalismus und der Sozialpolitik halte, ist innerhalb der AfD ebenso wenig entschieden, wie in den Publikationsorganen der Neuen Rechten. Nachdem Björn Höcke auf dem Bundesparteitag der AfD 2018 einen eigenen Parteitag der AfD zum Thema Sozialpolitik einforderte, selbiger allerdings mittlerweile bis 2020 verschoben worden ist, wurde die Unfähigkeit der AfD, sich in sozialpolitischen Fragen zu einigen, mittlerweile sogar im Bundestag zu einem *running-gag*.² Hier soll nun der Frage nachgegangen werden, auf welche Art und Weise neoliberale Überzeugungen und rechtspopulistisches Gedankengut ineinander geblendet werden können – handelt es sich hierbei doch um ein Zusammenspiel, dass zweifelsfrei keine Selbstverständlichkeit darstellt.

Alice Weidel selbst, nunmehr langjähriges Mitglied der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, die auf Basis der zunehmenden Stärke der AfD-Vertreter in ihr 2015 und 2017 gleich zwei Austrittswellen erlebte und von Günter Ederer daraufhin sogar als das „Mistbeet der AfD“ bezeichnet wurde,³ stellt sich als eine gute Fallstudie zur Beantwortung dieser Frage dar. Folgt man ihr, gibt es genau zwei politische Grundausrichtungen: entweder ist man *kollektivistisch-links* oder *freiheitlich-bür-*

2 Zur Einschätzung der Bedeutung von Weidels Besuch in Schnellroda vgl. HAZ v. 21.09.2019; <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Was-will-AfD-Frau-Alice-Weidel-beim-Vordenker-der-Neuen-Rechten?fbclid=IwAR0gL619CQoNVMmm1szdWiAYQ0j10Sgx-wmyRRYQwScdHB4Y1Ejd1uVMFko>

3 Neben den ständigen Zwischenrufen während der Beiträge von AfD-Politikern zu sozialpolitischen Fragen mit der Nachfrage, wo denn eigentlich ihr Rentenkonzept bleibt, lässt sich dieses Phänomen besonders schön an der Diskussion des ALG I Reformantrages der AfD beobachten. (Plenarprotokoll des dt. Bundestages 19/116 vom 27.09.2019; Drucksache 19/13520)

gerlich. (Vgl. Weidel 2019, 9) Freiheit ist somit für Weidel – und ganz im Einklang mit Hayek – nur dort, wo Privateigentum garantiert ist: „Die Achtung des Privateigentums ist die Grundlage der Freiheit – der unternehmerischen wie der privaten.“ (Ebd., 141) Ausführlicher heißt es bei Hayek dazu:

„The recognition of private or several property is thus an essential condition for the prevention of coercion, though by no means the only one. We are rarely in a position to carry out a coherent plan of action unless we are certain of our exclusive control of some material objects; and where we do not control them, it is necessary that we know who does if we are to collaborate with others. The recognition of property is clearly the first step in the delimitation of the private sphere which protects us against coercion.“ (Hayek 2011, 207)

Privateigentum gilt der klassisch-liberalen Auffassung daher als Ankerpunkt der Freiheit, da es den privaten Bereich absteckt, in dem der individuelle Wille zu nichts gezwungen werden kann. Darüber hinaus – so Hayek – muss aber nicht nur die Besitzmöglichkeit von Privateigentum für einen freiheitlichen Zustand gewährleistet werden, sondern auch die Möglichkeit, Kalkulationen mit seinem Privateigentum anzustellen – d.h. der Staat hat hier nicht nur die Aufgabe das Privateigentum zu schützen, sondern auch für die relative Sicherheit von Tauschbeziehungen zu sorgen. Sichert der Staat Verhältnisse, in denen das Individuum mit seinem Besitz planen und rechnen kann, weiß der ökonomische Akteur selbst am besten, was mit seinem Kapital anzufangen sei, weshalb – aus Perspektive des Neoliberalismus – tatsächliche soziale Ungleichheiten überhaupt erst durch fehlgeleitete staatliche Eingriffe zustande kommen. Jeder staatliche Eingriff in diesen Prozess ist demnach ein Eingriff in die Freiheit der Einzelnen,⁴ weshalb es bei Weidel folgerichtig heißt:

4 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14.07.2017; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/hayek-gesellschaft-mistbeet-der-afd-1.3589049>.



Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)

Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat

Edition DISS Band 37

168 Seiten, 18 Euro

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gür-Şeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.

„Der Mythos der ‚sozialen Gerechtigkeit‘, die angeblich nur durch Umverteilung herzustellen sei, weil der Staat besser zu wissen glaubt als der Bürger, wie deren Geld auszugeben sei, hat die Deutschen lange hilflos gemacht gegenüber immer dreisteren staatlichen Eingriffen in Vermögen und Privateigentum.“ (Weidel 2019, 16)

Hieran schließen sich unmittelbar drei konkrete politische Forderungen an: [1.] die Senkung des Spitzensteuersatzes, der für Weidel an Sozialismus grenzt, [2.] die Ablehnung wohlfahrtsstaatlicher Politikmodelle und [3.] die Zurückweisung jeder keynesianisch-geprägten Wirtschaftspolitik. All diese Modelle sind ge-eint darin, dass hier eine vermeintliche Bevormundung der inhärenten Rationalität des homo oeconomicus stattfindet, die sich – nach Weidel – den Anstrich der sozialen Gerechtigkeit gibt, in Realität aber völlig unsozial verfährt. Denn: „[b]evor der Staat etwas an einen Bürger verteilen kann, muss er es anderen wegnehmen“, wobei die Nutznießer einer solchen Politik schnell ausgemacht sind – es sind die „Sozialmigranten“, die „staatlich besoldete[n] Sozialpädagoge[n] und Genderbeauftragte[n]“ und eben nicht die „Handwerker und Autoingenieure, die mit ihren Steuergeldern auch für die Erstgenannten mit aufkommen müssen.“ (Ebd., 93) Dass es sich bei den hier gewählten Beispielen um billige, populistische Effekthascherei handelt, ist evident – allerdings hat das Methode. Dass die angesprochenen Berufsgruppen zu wenig hätten, liegt nicht etwa daran, dass man zu viel von einem Wirtschaftssystem hat, welches – was selbst Hayek zugesteht (Hayek 2011, 148) – notwendigerweise eine Ungleichverteilung der Güter produziert, die allerdings für ihn Grundbedingung von Freiheit ist; vielmehr liegt es daran, dass man zu wenig davon hat und Nutznießer mitschleift, die zufälligerweise auch noch auf nahezu magische Weise dem stetig evozierten Feindbild Linksrücker entsprechen. Es geht hier dementsprechend nicht um eine ausgeglichene Güterverteilung, sondern um eine konsequentere Durchsetzung des Leistungsgedankens: wer arbeitet, soll das von ihm erwirtschaftete Vermögen nicht

„Es gelingt Weidel eine Doppeldeutigkeit ihrer politischen Positionen herzustellen, die sich jeweils einmal aus vermeintlich ökonomisch-rationaler und zweitens aus national-emotionaler Perspektive teilen lassen....Es lässt sich festhalten, dass die AfD-Forderungen – wenn auch kein lupenreiner Neoliberalismus – so doch auch kein Schritt hin zu der, von Teilen der Wählerschaft sicherlich gewünschten, solidarischen Volksgemeinschaft sind – ein für sich genommen schon gruseliges Konzept.“

auch noch für andere aufbringen müssen, wobei jeder schon immer weiß, wer diese anderen sind. Diesen populistischen Kurzschluss als eine notwendige Folge aus den neoliberalen Gesellschaftsvorstellungen zu behaupten, wäre ganz sicher übertrieben. Es ist allerdings dennoch richtig – wie Christoph Butterwege es getan hat – darauf hinzuweisen, dass es zwischen dem Neoliberalismus und rechten Ideologien gewisse Familienähnlichkeiten gibt, die solcherlei Überblendungen, wie hier am Beispiel Weidel gesehen, möglich machen. Nach Butterwege bestehen selbige vor allem in einer Affirmation des Leistungsprinzips, welche schlussendlich darin gipfeln kann, dass – möglicherweise völlig arbiträre – eigene Vorteile als wohlverdient betrachtet und daher für die eigene Gruppe beansprucht werden:

„Beide [Liberalismus und rechte Ideologie; M.G.] verabsolutieren geradezu die Höchstleistung, sei es des einzelnen Marktteilnehmers oder der ‚Volksgemeinschaft‘ insgesamt, und glorifizieren die Konkurrenz, in welcher sich der Starke gegenüber dem Schwachen durchsetzen soll. Darin wurzelt die Notwendigkeit einer (sozialen) Selektion, die mit dem Prinzip der Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit aller Gesellschaftsmitglieder im Weltmaßstab unvereinbar ist. [...] Durch seine Fixierung auf den Leistungswettbewerb einen idealen Nährboden für Standortnationalismus, Sozialdarwinismus und Wohl-

standschauvinismus, die zu den verheerendsten Begleiterscheinungen eines Denkens gehören, das sich mit dem ‚eigenen‘ Wirtschaftsstandort total identifiziert.“ (Butterwege 2008, 206f.)

Mit den Konzepten von *Wohlstandchauvinismus* und *Standortnationalismus* ist auch der ideologische Motor hinter der Anti-EU Politik benannt, wobei das Europa-Wahlprogramm der AfD vorsieht, dass ein funktionierendes Europa nur unter starker deutscher Führung möglich ist (welches in der Lage sein soll, auch seine nationalen fiskalischen Interessen gegen wirtschaftlich schwächere Partner durchzusetzen), während der ‚Dexit‘ die ultima ratio sein soll, sollte eine solche Führungsrolle nicht akzeptiert werden.

Neben diesen beiden Vermittlungsbegriffen zwischen neoliberalen und rechten Vorstellungswelten, instrumentalisiert Weidel zudem fortwährend einen dritten – den der *Rechtssicherheit*. Wie oben schon gezeigt wurde, hat der schlanke neoliberale Staat traditionellerweise die Aufgabe der relativen Absicherung des Güterverkehrs und der Sicherung des Eigentums. Aber eben diese Rechtssicherheit, die äquivalent mit dem reibungslosen Markt Ablauf gelesen werden kann, sieht sie durch die *drei großen Rechtsbrüche Merkels* in Gefahr: dazu zählen [1.] die Euro-Rettung, [2.] die Energiewende und [3.] die illegale Einwanderung. (Weidel 2019, 17) Hervor-

zuheben ist hier zweifelsfrei zunächst die politische Unredlichkeit der Diffamierung politischen Handelns, das nicht der eigenen Überzeugung entspricht, als Rechtsbruch, nicht nur, weil es offenkundig keine legale Basis hat, sondern weil es hier primär darum geht, den Wunsch zu strafen und Gedanken an einen möglichen Racheakt wach zu rufen. Solcherlei Rhetorik steht selbstverständlich in einer Linie mit den Merkel-Galgen der Pegida-Demonstrationen. Darüber hinaus fließen in diesen Ausführungen – und den damit einhergehenden Forderungen – neoliberale Überlegungen und Positionen von rechts außen nun vollständig ineinander. Die Euro-Rettung wird ebenso abgelehnt, weil sie auf dezidiert keynesianischen Politikmodellen⁵ fußt wie auch aufgrund eines antieuropäischen Nationalismus, der sich durch die mit Kompromissen verbundene Eingliederung in die EU gekränkt sieht (wobei zweifelsfrei innerhalb der AfD Basis letzteres das schlüssigere Argument sein dürfte). Den Rechtszustand setzt die Euro-Rettung außer Kraft, weil sie die Unterwerfung nationaler Souveränität unter die europäische Fremdherrschaft fortsetzt. Bei der Diskussion um die Energiewende fließen offen verschwörungstheoretische Positionen bis hin zur Leugnung des menschengemachten Klimawandels ein. Zudem wird, entsprechend neoliberaler Position, gefordert, dass der Staat es sich nicht erlauben kann, einschränkend in die Wirtschaft einzugreifen. Wie auch bei der illegalen Einwanderung wird betont, dass es sich dabei um Projekte handelt, die den Staat so teuer zu stehen kommen, dass er quasi auf steuerlichen Raubzug gegen seine eigene Bevölkerung gehen muss, um sich diese leisten zu können. Gleichzeitig sind Folgen dieser Politik, dass durch die Umstrukturierung der Wirtschaft wegen der Klimapolitik Arbeitsplätze in Gefahr geraten. So ist es möglich, gleichzeitig für Steuersenkung und die Kürzung von Sozialabgaben zu votieren, während man den eigenen (oft aufgrund ihrer schlechteren ökonomischen Lage der AfD zugetanen) Wählern suggeriert, ihre wirtschaftliche Situation würde sich durch neoliberale Wirtschaftsmodelle verbessern, da sie we-

niger Geld für unsinnige Projekte zahlen müssten.

Es gelingt Weidel hier, eine Doppeldeutigkeit ihrer politischen Positionen herzustellen, die sich jeweils einmal aus vermeintlich ökonomisch-rationaler und zweitens aus national-emotionaler Perspektive teilen lassen. Was hier letztinstanzlich der persönliche Motivationsgrund für Weidel selbst sein mag, sei dahingestellt. Dass es sich hierbei jedoch nicht um eine neoliberale Position im klassischen Sinn handelt, sollte auch klar geworden sein. Wenn Adorno mit seiner Einschätzung Recht hat, dass es wesentlich effektiver im Umgang mit rechten Ideologien ist, „nicht [zu] moralisieren, sondern an reale Interessen [zu] appellieren“ (Adorno 2019, 51), lässt sich immerhin auch festhalten, dass die AfD-Forderungen – wenn auch kein lupenreiner Neoliberalismus – so doch auch kein Schritt hin zu der, von Teilen der Wählerschaft sicherlich gewünschten, solidarischen Volksgemeinschaft sind – ein für sich genommen schon gruseliges Konzept.

Literatur

Adorno, Theodor W. 2019: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin.

Butterwegge, Christoph. 2008: Marktradikalismus und Rechtsextremismus, in: Ders./Lösch, Bettina/Ptak, Ralph (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden, 203–223.

Hayek, Friedrich, August v. 2011: The Constitution of Liberty (= Collected Works XVII), ed. by Ronald Hamowy [zuerst 1960], Chicago.

Kubitschek, Götz. 2018: Konstruktive Theorieschwäche, in: Sezession 82, 8–11.

Skidelsky, Robert. 2009: Keynes: The Return of the Master, London.

Weidel, Alice 2019: Widerworte. Gedanken über Deutschland, Kulmbach.



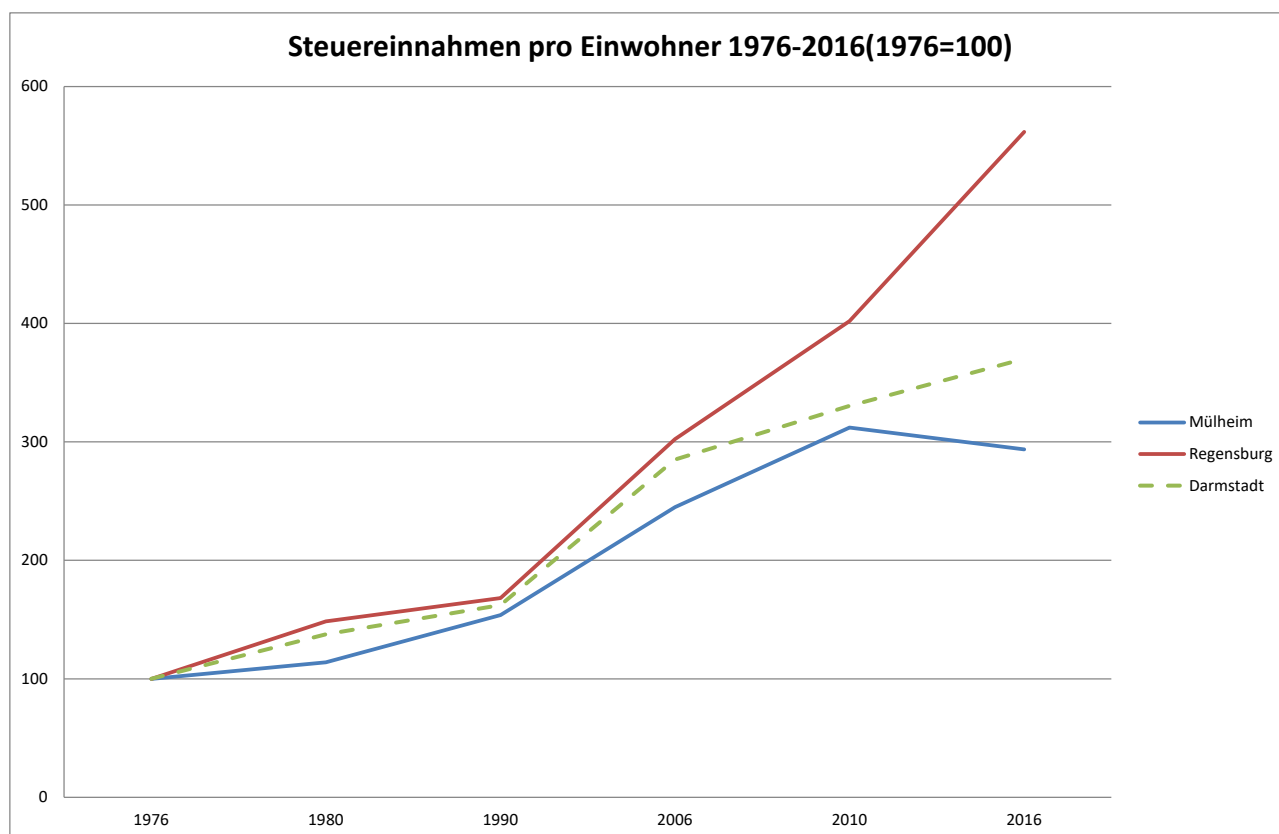
Margarete Jäger / Regina Wamper (Hg.)
Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung.
 Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016
 Duisburg 2017, 209 Seiten, PDF-Datei

Die Analyse des Mediendiskurses zeigt, dass und wie sich innerhalb weniger Monate das Sagbarkeitsfeld in der Flüchtlingsdebatte ein Richtung einer Problematisierung von Flucht verschob. Welche diskursiven Mechanismen dazu beitrugen, und vor allem welches Wissen über Flucht und Geflüchtete, über Asyl und Rassismus transportiert wurde, ist zentraler Gegenstand der Untersuchung.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. Diskursiv wurde ein Notstand ausgerufen oder prognostiziert, durch den die Fluchtbewegungen denormalisiert wurden. Die Geflüchteten wurden in ‚legitime‘ und ‚illegitime‘ sortiert und die Ereignisse in die Nähe einer Naturkatastrophe gestellt. All dies eignet sich dazu, Abwehr gegen Flüchtende zu erzeugen und weiteren Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl hinzunehmen. Es evoziert somit Rassismus und trägt zu einem angespannten gesellschaftlichen Klima bei. Aussagen, die früher als extrem rechts oder rassistisch bewertet wurden, sind heute mediopolitischen Diskurs sagbar.

Die Studie ist abrufbar unter: <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>

⁵ „Der Staat ist daher der natürliche und ewige Widerpart der Freiheit.“ (Weidel 2019, 10)



Gemeinwohlorientierung

Das Dilemma der Kommunen am Beispiel von Mülheim an der Ruhr

Peter Höhmann

Ganz selbstverständlich bezieht sich die kommunale Politik auf das „Gemeinwohl“ der Stadt, wenn es ihr darum geht, in eigener Verantwortung weiterhin das Funktionieren lokaler Standortbedingungen zu gewährleisten. In den Blick geraten darauf drei miteinander verbundene Sachverhalte: Zunächst eine politische Praxis, die im Sinne einer Erhaltung und Stabilisierung der bestehenden sozialen Verhältnisse erfolgt, aber die Parteinahme für eine einzelne Bevölkerungsgruppe systematisch ausschließen will. Weiterhin die Begründung politischer Eingriffe als vernünftig und im Interesse aller geboten. Beide Schwerpunkte unterliegen darüber hinaus dem politischen Eigeninteresse, in kommunaler Konkurrenz besonders dort zu intervenieren, wo der marktvermittelte Verteilungszusammenhang infrage gestellt ist. Dieser Punkt ist durchaus folgenreich und

auf Kontinuität, weniger aber auf Konsequenzen der überkommenen ökonomischen Verhältnisse ausgerichtet.

Die dabei immer mitformulierten guten Absichten stoßen jedoch auf ein Dilemma. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind seitens der Stadtpolitik im Wesentlichen nicht beeinflussbar. Zudem werden überkommene Handlungsspielräume im Zuge gesellschaftlichen Wandels deutlicher eingeeengt. Diese Wandlungsprozesse haben dazu beigetragen, dass an die Stelle relativ autonomer Verhältnisse in den einzelnen Städten und Regionen eine stärker miteinander verbundene und zugleich zunehmend ungleichmäßig verlaufene Entwicklung getreten ist. Die überkommene Praxis einzelner Kommunen hat so an Bedeutung verloren,¹ gemein-

¹ Vgl. hierzu vor allem Donolo 1974, bes. 21ff., der diese Umgestaltung gesamtgesell-

same externe Abhängigkeiten werden als zunehmende Ungleichheit zwischen einzelnen Kommunen sichtbar, aber auch innerhalb einer Stadt in der unterschiedlichen Entwicklung einzelner Gebietsteile.² Trotz des veränderten Rahmens trennt sich die Stadtpolitik kaum von den überkommenen Handlungsroutrinen. Ihre Konsequenzen werden erst in der Rückschau sichtbar und zeigen dann, ob und in welcher Weise der kommunale Raum neu strukturiert wurde.

schaftlicher Rahmenbedingungen als „Marginalisierung in der Entwicklung“ bezeichnet und für Italien untersucht hat.

² Ganz in diesem Sinne betont daher Anthony Giddens, dass „the character of cities can be adequately analysed only in relation to the broader features of those societies as a whole... the city is simultaneously a part of, and a major influence upon, the institutions of the overall society.“ (Giddens 1982, 105)

Der hohe Stellenwert externer Ereignisse stellt die einzelne Kommune vor die paradoxe Aufgabe, nicht beeinflussbare Folgen gesellschaftlicher Entwicklung mit ihren Mitteln bearbeiten zu müssen. Die zur Verfügung stehenden Routinen und finanzielle Mittel können allenfalls zufällig zum Ziel führen. Sie lösen aber zugleich regelmäßig weitere, beabsichtigte wie nicht beabsichtigte Folgeprobleme aus. Konsequenterweise ist so die Stadtpolitik durch eine ausgeprägte Paradoxie gekennzeichnet, Ziele zu setzen, deren Umsetzung nicht von ihrer Praxis abhängt.³

Ich will dazu am Beispiel der Stadt Mülheim den Kontrast zwischen der innerstädtischen Beurteilung und der externen Beobachtung einzelner Entwicklungsverläufe darstellen. Die Stadt war, wie das gesamte Ruhrgebiet, einem ausgeprägten Strukturwandel unterworfen, der für die Jahre 1976 bis 1998 gut dokumentiert wurde. (Vgl. Stadt Mülheim 2002) In Übereinstimmung mit einschlägigen internen wie externen Stellungnahmen hält auch die Stadtpolitik die Auswirkungen der früheren wirtschaftlichen Veränderungen für überwunden.⁴ Zugleich werden die jedoch unbefriedigenden Ergebnisse der letzten Jahre unter dem Stichwort „Strukturwandel 4.0“ in ein neues ambivalentes Bild in die Gegenwart übertragen. In einer Mitteilung der Stadt Mülheim aus dem Jahr 2018 heißt es dazu: „Mülheim an der Ruhr wächst derzeit vor allem als wissensbasier-
3 Dies gilt besonders unter der Bedingung knapper kommunaler Eigenmittel. In diesem Fall kommen dann auch Verfahren zum Einsatz, die als Methode der fiktiven Pläne zu bezeichnen sind. Dazu besonders Höhmann 1988.
4 Über die Probleme des Strukturwandels in Industrieregionen vgl. besonders die Habilitationsschrift von Schönbauer 1993.

ter Wirtschaftsstandort.“ Zugleich wird hier aber auch hervorgehoben: „Während Mülheim in den 60er Jahren als erste zeichenfreie Stadt im Ruhrgebiet von den damaligen Expansionen des Mittelstandes am stärksten profitieren konnte, droht die Stadt derzeit zum großen Verlierer der auch regional anhaltenden Wachstums- und Expansionsphase zu werden.“⁵

Beide Feststellungen formen eine prekäre Spannung zwischen Handlungsspielräumen und Handlungserfordernissen. Sie wird nicht nur in dem eingeschränkten Investitionsspielraum der Stadt sichtbar, sondern auch in dem weitergehenden Beharren auf eine öffentlich und private Partnerschaft. Die Privaten sollen richten, was die Kommune nicht vermag. Die Spannung wird allerdings nicht aufgelöst, wie aus statistischen Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt hervorgeht. Dies geht aus einem Vergleich zur Steuerentwicklung besonders deutlich hervor. Bei den hierzu ausgewählten Vergleichskommunen Regensburg und Darmstadt handelt es sich um Orte, die eine etwa gleiche Einwohnerzahl aufweisen, aber anderen extern bedingten Wandlungsvorgängen als das Ruhrgebiet ausgesetzt waren.⁶

5 Mülheimer Wirtschaft mitten im Strukturwandel 4.0, Mitteilung auf www.muelheim-ruhr.de (Abruf: 29.09.2019).

6 Quelle: Amt für Statistik und Wahlen, Sonderheft 133, Dortmund 1991, statistische Dokumentation der Bertelsmann Stiftung. Der Bezugswert des Jahres 1976 wurde aus den Zahlen für das Jahr 1990 bis zum Jahr 1976 zurückgerechnet. (Mülheim 1990=1364,53 DM; Regensburg 1990=1382,17 DM; Darmstadt 1562,34 DM) . An Stelle der gesamten Steuereinnahmen weist ein Vergleich der Gewerbesteuerentwicklung in die gleiche Richtung. Er

Umfang und Veränderung von Leistungen nach SGB II 2011 bis 2017 in Mülheimer Stadtteilen*

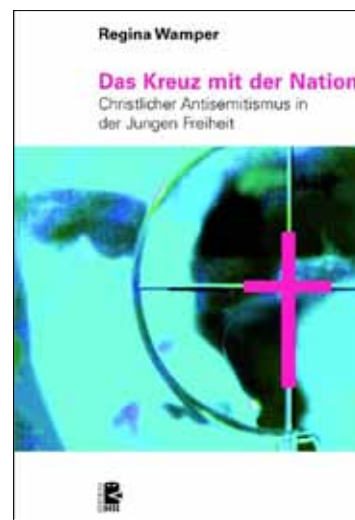
9 Stadtteile mit unterschiedlichem Leistungsumfang 2011	Durchschnittlicher Leistungsumfang 2011 (%)	Durchschnittlicher Leistungszuwachs 2011-2017(%)
3 mit überdurchschnittlichem Umfang	21,3	+22,6
3 mit durchschnittlichem Umfang	12,3	+12,3
3 mit unterdurchschnittlichem Umfang	6,5	+6,4

* Bezieher von Leistungen nach SGB II bezogen auf die Bevölkerung bis 65 Jahre im Stadtteil.
Datenquelle: keck-atlas.de



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS Band 18
208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.



Helmut Kellershoehn (Hg.)

Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹

Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten

Edition DISS Bd. 23

330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiansätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.

So zeigt die folgende Graphik für die Zeit nach dem Jahr 1976 eine vergleichsweise parallel verlaufene Entwicklung der Steuereinnahmen an. Gerade in der Zeit der industriellen Umstrukturierung liegen die Einnahmen in den drei Städten bis in die neunziger Jahre eng beieinander. Erst im letzten Jahrzehnt nehmen die Zuwächse einen deutlich voneinander getrennten Verlauf. Mit Blick auf den gesamten Zeitraum sind die Steuereinnahmen bezogen auf die Einwohnerzahl in Regensburg um 561,7% erhöht, in Darmstadt um 370,18 % und in Mülheim lediglich um 293,7%.

Die Steuereinnahmen sind seitens der Kommunalpolitik aufgrund des externen Strukturwandels kaum zu beeinflussen und werden durch ihre latenten Folgen verstärkt: So weiten sich unter wirtschaftlichem Druck auch die hier ohnehin bestehenden Disparitäten zwischen guten und schlechten Vierteln aus. Die Segregation nimmt zu und in den benachteiligten Quartieren bilden sich eigenständige „Lagerungen“, die konfliktträchtige Ausgrenzungen zwischen den unterschiedlichen Bewohnergruppen im gesamten Stadtgebiet verstärken.⁷

Entsprechend hat in Mülheim zwischen 2011 und 2017 die Ungleichheit zwischen den einzelnen Stadtteilen markant zugenommen.⁸ Der Bevölkerungsanteil, der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhält, ist besonders in den ärmeren Vierteln überproportional gestiegen.

In einer Aufteilung der neun Mülheimer Stadtteile in ärmere und reichere Viertel ist bereits für das Jahr 2011 ein markantes Ungleichgewicht festzustellen. Die Anteile variierten zwischen einem Anteil von 6,5% und 21,3% zwischen den Quartieren. Aber unter den neuen Bedingungen sind nun gerade in den ärmeren Quartieren

demonstriert besonders für die Stadt Mülheim anhand der offenen Zukunftsentwicklung die ausgeprägte Unsicherheit im Umgang mit den Ergebnissen wirtschaftlichen Handelns.

⁷ Karl Mannheim spricht in diesem Zusammenhang von „Lagerungen“ als einer Schließungskategorie, mit der inhärente Tendenz, Individuen auf einen bestimmten Spielraum möglichen Geschehens zu beschränken. Vgl. dazu Mannheim 1964, bes. 528ff.

⁸ Für die Städte Darmstadt und Regensburg ist keine vergleichbare ungleiche Entwicklung zwischen den Stadtteilen festzustellen.

die Veränderungen besonders ausgeprägt. Der Zuwachs lag im Durchschnitt der drei Stadtteile bei 22,9% gegenüber einem Anstieg von lediglich 6,4% in den besser situierten Gebieten.

Das Paradoxe liegt nun darin, der zunehmende Sparzwang der Kommune sie ökonomisch verpflichtet, ihr dadurch aber zugleich auch letzte Handlungsoptionen zur Minderung der auftretenden Sozialprobleme raubt. Auf Folgen dieser Situation haben Häußermann und Siebel besonders hingewiesen, die „zu einer stärkeren Segmentierung, zu einer radikalen Spaltung zwischen verschiedenen Lebensstilen und Möglichkeiten der Partizipation an einer Ökonomie der Stadt führt – und diese dadurch als lokale auflöst.“ (Häußermann/Siebel 1988, 91)

Literatur

Donolo, Carlo 1974: Ungleichmäßige Entwicklung und Auflösung gesellschaftlicher Strukturen, Berlin.

Giddens, Anthony 1982: Sociology, London.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1988: Neue Urbanität, Frankfurt/M.

Höhm, Peter 1988: Modernisierungsprozesse in Regensburg. Eine Untersuchung über die Veränderung von städtischen Sozialproblemen in der Folge von Maßnahmen der Stadterneuerung, Freiburg.

Mannheim, Karl 1964: Wissenssoziologie, Frankfurt/M.

Schönbauer, Günther 1993: Stahlkrise, Stadtgemeinde und städtisches Leben in Völklingen und Scunthorpe, Seoul.

Stadt Mülheim (Hg.) 2002: Der Strukturwandel in Mülheim 1976-1998, Mülheim.

Fukuyama über Identitätspolitik: Sehnsucht nach Anerkennung

Rezension von Wolfgang Kastrup

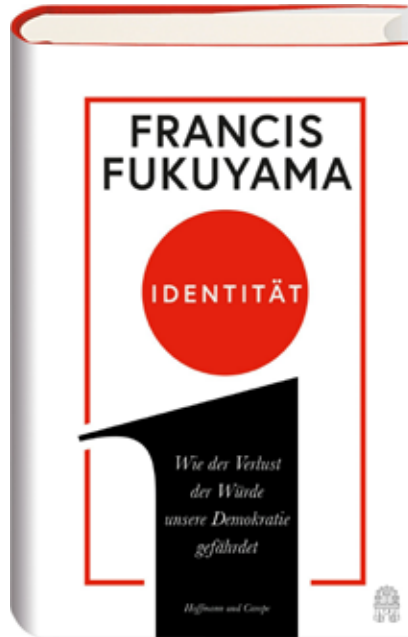
Francis Fukuyama, US-amerikanischer Politikwissenschaftler, ist durch sein umstrittenes Buch „Das Ende der Geschichte“ von 1992 international bekannt geworden. Die Kritik an seiner damaligen These, dass mit dem Ende des Kommunismus die liberale Demokratie unwiderruflich den Sieg davongetragen habe, diese Kritik, so schreibt er in dem Vorwort zu seinem aktuellem Buch „Identität“ von 2019, beruhe auf einem Missverständnis: Er habe das Wort ‚Geschichte‘ hegelianisch-marxistisch „als langfristige evolutionäre Beschreibung menschlicher Institutionen“ gesehen, und das Wort ‚Ende‘ als „Ziel“ oder „Bestimmungsort“ für einen „liberalen marktwirtschaftlichen Staat“ im Sinne von Hegel. (12f.)

Unabhängig von der Plausibilität des angeblichen Missverständnisses muss er zugeben, den Inhalt seines damaligen Weltbestsellers unter heutigen Verhältnissen umgeschrieben zu haben. (13) Das neue Buch wäre aber von ihm nie geschrieben worden, so bekennt er direkt zu Beginn, wenn nicht Donald Trump 2016 zum US-Präsidenten gewählt worden wäre. (9) Seit 1992 habe er sich den Themen „Thymos, Anerkennung, Würde, Identität, Einwanderung, Nationalismus, Religion und Kultur“ zugewandt und dieses Buch handele davon.

Das Buch wird im Feuilleton gefeiert und für Spiegel Online ist es „das wichtigste Buch des Jahres“ (07.02.2019).

Was bedeutet Identität?

Da Identität für die gegenwärtige Politik so wichtig sei, verwendet Fukuyama diesen Begriff in einer spezifischen Bedeutung: „Identität erwächst vor allem aus einer Unterscheidung zwischen dem wahren inneren Selbst und einer Außen-



welt mit gesellschaftlichen Regeln und Normen, die den Wert oder die Würde des inneren Selbst nicht adäquat anerkennt.“ (26) Die Gesellschaft müsse sich ändern und das „innere Selbst“, die Grundlage der menschlichen Würde, als wertvoll behandeln. Diese Würde als wichtiger psychologischer und universeller Faktor im politischen Handeln dränge nach Anerkennung, und zwar einer gesellschaftlich-öffentlichen Anerkennung. Ein Verlust der Würde gefährde die liberale Demokratie: „Da sich Menschen von Natur aus nach Anerkennung sehnen, schlägt das moderne Identitätsgefühl rasch in Identitätspolitik um, die es Individuen ermöglicht, die öffentliche Bestätigung ihres Stellenwerts zu verlangen.“ (27)

Deshalb habe Identitätspolitik so einen großen Stellenwert in der politischen Auseinandersetzung. Philosophisch will sich Fukuyama bezüglich der Kategorie Anerkennung auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel stützen, der ausgeführt habe, dass „der Kampf um Anerkennung die höchste

Fukuyama, Francis 2019: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, Hamburg, Hoffmann und Campe Verlag, 237 Seiten, 22 Euro.

Antriebskraft der Menschheitsgeschichte sei [...]“ (27) Anerkennung bildet danach die Grundlage und den Schlüssel für das Verständnis für unsere Welt.

Thymos: Zentrum von Zorn und Stolz

Fukuyama geht anthropologisch von einer Natur des Menschen aus, die unabhängig von Gesellschaften und Kulturen existiere. Es gehe um die Natur der Seele, abgeleitet aus dem Griechischen *psyche*, die sich dreifach gliedere, erstens in den begehrenden, unvernünftigen Teil, zweitens in den überlegenden und vernünftigen Teil und drittens in jenen Teil der Seele, der das Zentrum von Zorn und Stolz (griechisch *thymos*) bilde. (33ff.) Diesen *Thymos* bezeichnet Fukuyama als „Kern der heutigen Identitätspolitik“, denn es gehe dabei um das von außen kommende Urteil über Wert oder Würde, also um Anerkennung. (36)

Unter den Folgen der weltweiten Finanzkrise 2008 seien Arbeitsplätze und Erspar-



Wolfgang Kastrup,
Helmut Kellershohn (Hg.)
Kulturkampf von rechts
AfD, Pegida und die Neue Rechte
Edition DISS Band: 38
Münster: Unrast
244 S., 24,00 €

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema ›Kulturkampf von rechts‹ in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Natascha Strobl.

nisse von vielen Millionen Amerikanern zerstört worden. Diese Konsequenzen hätten, so Fukuyama, an sich eine Renaissance der Linken nach sich ziehen müssen. Doch das Gegenteil sei eingetreten: „Statt den linken Kräften wuchs der Einfluss rechtspopulistischer nationalistischer Bewegungen in vielen Gebieten der westlichen Welt. Das galt vor allem für die Vereinigten Staaten und Großbritannien, wo sich die Deindustrialisierung verheerend auf die alte Arbeiterschaft ausgewirkt hatte.“ (102f.) Die linke Occupy-Bewegung sei verpufft, die rechte Tea Party habe dagegen große Teile der Republikanischen Partei als auch des Kongresses unter ihre Kontrolle gebracht. Die Linken hätten seit über hundert Jahren immer wieder den Kürzeren gegenüber den Nationalisten gezogen, trotz der weltweiten sozialen Ungleichheit. Und zwar gerade in den Armen- und Arbeitervierteln, die doch ihre stärksten Bollwerke hätten sein müssen. (Vgl. 103) Fukuyama kommt zu dem Schluss, dass sich hier „wirtschaftliche Motive im menschlichen Verhalten mit Identitätsfragen verflechten“. (104)

Antriebskraft des neuen Nationalismus

Immer wieder weist er darauf hin, dass der Status bzw. die Würde eine anthropologische Konstante sei. (Vgl. 109) Das „Gefühl, unsichtbar zu sein“, sei eine „maßgebliche Antriebskraft des neuen Nationalismus“, der zur Wahl Donald Trumps und zum Brexit in Großbritannien geführt habe. Der Autor beruft sich auf zwei neuere Untersuchungen in den USA, die auf solche „Unmutsgefühle“ von Wählern in überwiegend ländlichen Gegenden verweisen. Das Entscheidende sei deren Gefühl, dass ihre Würde nicht nur nicht anerkannt, sondern sogar verurteilt werde. Kurz: Es geht nach Francis Fukuyama um einen Identitätsverlust der weißen US-Amerikaner. Diese Wählerschaft fühle sich fremd im eigenen Land und meine von Afroamerikanern, Einwanderern und Frauen verdrängt zu werden. Letztere würden von den Eliten sogar noch aufgefordert, sich nach vorne zu drängen (vgl. 113) und erhielten „ungebührliche Vorteile“. (114) Die Eliten in den großen Städten hätten

kein Verständnis für die daraus resultierenden Sorgen und schenken ihnen keine Aufmerksamkeit.

Die Nationalisten dagegen deuten „den Verlust eines relativen wirtschaftlichen Ranges in den Verlust von Identität und Status um: Du bist immer ein wichtiges Mitglied unserer großen Nation gewesen, doch Ausländer, Einwanderer und deine eigenen elitären Landsleute haben sich verschworen, um dich niederzudrücken. Dein Land gehört dir nicht mehr, und du wirst in ihm nicht mehr respektiert.“ (Ebd.) Das Problem der Linken sei, dass sie sich nicht mit den breiten Bevölkerungsschichten solidarisierten, den Arbeitern und Ausgebeuteten, sondern sie konzentrierten sich auf marginalisierte, einzelne kleine Gruppen, um ihnen Anerkennung zuteilwerden zu lassen.

Positive wie negative Seiten der Identitätspolitik

Für Fukuyama habe die Identitätspolitik positive wie problematische Seiten. Als „eine natürliche und unvermeidliche Reaktion auf Ungerechtigkeiten“ habe z.B. die Black-Lives-Matter-Bewegung dafür gesorgt, dass Polizeibehörden in den USA vorsichtiger geworden seien bezüglich des Umgangs mit Minderheiten, auch wenn es weiterhin Gewalt durch die Polizei gebe. Die #MeToo-Bewegung habe das Bewusstsein in der Gesellschaft für sexuelle Gewalt geschärft und den Umgang von Männern und Frauen am Arbeitsplatz verändert. (Vgl. 141)

Allerdings zeigen sich für den Autor auch einige problematische Gesichtspunkte. So hätten manche Linke mit ihrem Eintreten für die Identitätspolitik die ausufernde sozioökonomische Ungleichheit in den liberalen Demokratien aus dem Auge verloren. Problematisch sei ebenfalls, wenn die Identitätspolitik „von den schwerwiegenden Problemen größerer Gruppen“ ablenke, etwa davon, dass ein „beträchtlicher Teil der weißen Arbeiter in den USA (...) in die Unterschicht abgeglitten“ sei, „eine Erfahrung, die sich mit jener der Afroamerikaner in den siebziger und achtziger Jahren vergleichen lässt.“ (142) Das entscheidendste Problem der von Linken betriebenen Identitätspolitik sei

„Die liberalen Demokratien stehen nach Meinung des Autors vor großen Herausforderungen, die sich nicht nur auf den schnellen wirtschaftlichen und sozialen Wandel und die Globalisierung beziehen.“

aber darin zu sehen, dass „sie eine entsprechende Politik der Rechten ausgelöst“ habe. „Die linke Identitätspolitik zieht eine politische Korrektheit nach sich, deren Ablehnung zu einer wichtigen Mobilisierungsquelle für die Rechte geworden ist.“ (144) Dieser Begriff habe im US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 eine zentrale Rolle gespielt. Wenn Fukuyama von den Linken in den USA spricht, meint er im Wesentlichen immer die Demokratische Partei. Neben seiner deutlichen Kritik an der rechten Identitätspolitik von Donald Trump, an dessen Verlogenheit, Bössartigkeit und Scheinheiligkeit als Person, wird die linke Identitätspolitik der Demokratischen Partei zu einem Hauptziel seiner Kritik, da sie die Politik der Rechten erst ermöglicht habe. Linke wie rechte Identitätspolitik würden zu festgelegten Merkmalen wie Rasse, Ethnizität und Religion zurückkehren und seien deshalb so problematisch. (Vgl. 188)

Liberaler Demokratie mit patriotischen Bürgern

Fukuyama plädiert für eine inklusive, nationale Identität, die auf „liberalen und demokratischen politischen Werten sowie auf den geteilten Erfahrungen aufbauen, die das Bindegewebe für blühende vielfältige Gemeinschaften darstellen“. (155f.) Gefährlich werde es dann, wenn die nationale Identität mit einem „Ethnonationalismus“ verbunden werde, der zu Intoleranz, Aggression und Verfolgung führe. (Ebd.) Eine erfolgreiche Demokratie, und das ist für ihn immer eine liberale Demokratie, benötige solche Bürger, die patriotisch, aktiv, informiert und sozial eingestellt seien und die bereit sein müssten, ihre eigene Meinung zugunsten des demokratischen Konsenses zurückzustellen. (Vgl. 189)

Nationale Bekenntnisidentitäten

Die liberalen Demokratien stehen nach Meinung des Autors vor großen Herausforderungen, die sich nicht nur auf den schnellen wirtschaftlichen und sozialen Wandel und die Globalisierung beziehen. Der Rückzug der linken wie rechten Identitätspolitik auf „immer enger gefasste Identitäten bedroht die Möglichkeit gesamtgesellschaftlicher Erwägungen und des kollektiven Handelns“. Dies könne zum Scheitern des Staates führen. (194) Er spricht sich für „nationale Bekenntnisidentitäten“ aus, die sich auf die „Gründungsideen der modernen liberalen Demokratie“ beziehen und „Neuankömmlinge mit politischer Hilfe zielstrebig [...] assimilieren“. (195)

Er bezieht sich positiv auf den US-Einbürgerungseid und plädiert für eine Leitkultur, die sich auf die Gleichheit der Menschen und demokratische Werte stützt. Eine solche Leitkultur empfiehlt er in besonderer Weise Deutschland. (Vgl. 198f.) Des Weiteren schreibt er in seinem letzten Kapitel „Was tun?“, dass die EU ihre Außengrenzen besser schützen sollte und bezieht sich dabei positiv auf die Grenz- und Küstenwache Frontex, die unterbesetzt und unterfinanziert sei. (Vgl. 205) Frankreich empfiehlt er eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes und für alle liberalen Demokratien schlägt er einen allgemeinen Pflichtdienst vor, der das nationale Gemeinschaftsgefühl stärken und deutlich machen würde, dass „die Staatsbürgerschaft Engagement und Opfer erfordert“. (203)

Fazit

Wenn Fukuyama für liberale und demokratische Werte plädiert, meint er damit immer eine Verbindung von Demokratie und Marktwirtschaft. Zwar beklagt er die wachsende soziale Ungleichheit seit der Finanzkrise von 2007/8, erkennt darin

aber nicht ein wesentliches Merkmal kapitalistischer Verhältnisse. Vergleichbar ist seine Darstellung von Arbeitslosigkeit und Armut in den USA und Großbritannien, wo er bei der Deindustrialisierung und dem globalisierten Markt stehen bleibt und Privateigentum an Produktionsmittel, Lohnarbeit, Ausbeutung und Klassenherrschaft als solche Strukturmerkmale in keiner Weise beachtet. Kurios wird es, wenn er neoliberale Reformen als Ursache für eine wachsende soziale Ungleichheit kritisiert, Frankreich aber, vgl. oben, eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes empfiehlt. Seine Analyse wird aber auch dort nicht überzeugender, wo er die „ethnische Vielfalt“ für die Kriege in Afghanistan und Syrien verantwortlich macht (vgl. 155). Zudem läuft sein Plädoyer für die stärkere Sicherung der EU-Außengrenzen durch Frontex auf eine europäische Flüchtlings- und Migrationsabwehrpolitik hinaus. Fukuyama, der sich politisch als „Mitte-links“ bezeichnet (vgl. Interview in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 03.02.2019) will für eine breite Leserschaft das Zusammenspiel von Nationalismus und Unzufriedenheit aufdecken. Eine klare Absage an nationalistische und rassistische Identitätsangebote wird dabei deutlich. Wenn der Autor von menschlicher Würde spricht, die nach Anerkennung dränge, so erinnert dies etwas an das Lebensthema von Axel Honneth, da wir nach dessen Meinung angewiesen seien auf die Wertschätzung und Achtung anderer. Wem diese Wertschätzung verwehrt werde, wer sich ausgegrenzt und beschämt fühle, der begehere auf und führe einen Kampf um Anerkennung. Zwar beschreibt Honneth auch eine anthropologische Verankerung menschlicher Fähigkeiten, im Unterschied zu Fukuyama verweist er bei den sozialen Pathologien aber auf Entfremdungs- und Verdinglichungsphänomene, auf die Fukuyama überhaupt nicht eingeht.

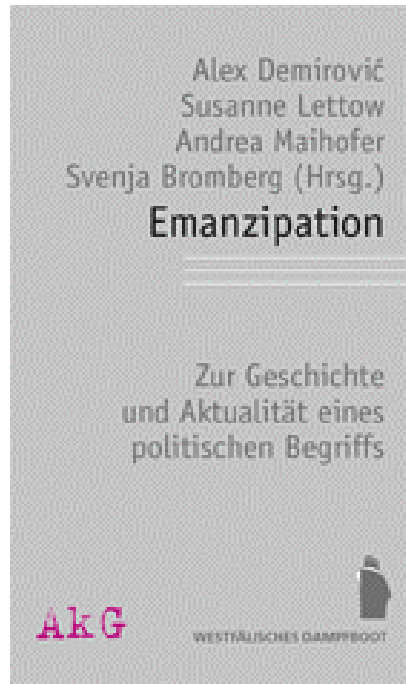
Gerade weil Fukuyama die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft mit ihren vielfältigen Widersprüchen nicht in Frage stellt und somit Lohnarbeit, Ausbeutung und Klasse nicht in ihrer Gesamtheit sieht, wird sein neues Buch wohl wieder ein Bestseller werden.

„Was ist Emanzipation?“

Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs

Rezension von Wolfgang Kastrup

Diese Frage stellen sich die drei Herausgeber*innen Alex Demirović, Susanne Lettow und Andrea Maihofer in der Einleitung ihres neu erschienenen Sammelbandes „Emanzipation. Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs“ (der Band entstand im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, Kassel). Neugierig habe sie gemacht, dass der Begriff Emanzipation kaum Gegenstand der Reflexion und einer vertiefenden Theoriebildung geworden sei. Eine kritische Diskussion über diesen Begriff könne sich deshalb lohnen. Der relativ kurze Beitrag von Isabell Lorey „Emanzipation und Schulden“ eignet sich als Einstieg in den Sammelband deshalb, weil die Autorin historisch-politische und etymologische Verbindungen zu dem Begriff herleitet. Sie bestimmt Emanzipation als Befreiung aus Macht- und Herrschaftsverhältnissen und als Befreiung von einem oder mehreren dominierenden Subjekten hin zu einem unabhängigen Subjekt. In der Moderne sei dieses freie Subjekt männlich, im Besitz von Eigentum und weiß. „Emanzipation bedeutet hier, im Rahmen dieser Norm zum Subjekt zu werden.“ (10) Lorey kritisiert unmissverständlich die neoliberale Vorstellung von Autonomie und Individualisierung. Mit dem Begriff der Schulden verweist die Autorin historisch auf die Gabe, das Geschenk der Weißen an die Versklavten, sich ihrer Freiheit dankbar und würdig zu erweisen. „Diese Gabe der Schuld bindet die ‚Befreiten‘ bis heute in verkehrter Verantwortung an die Vergangenheit und verleiht den Schulden Dauer.“ (12) Ruth Sonderegger will in ihren interessanten Ausführungen zu „Emanzipatorische und herrschaftliche Gebräuche der (Emanzipation versprechenden) Kunst“ den Zusammenhang zwischen Kunst und Emanzipation durchleuchten. Sie beschäftigt sich vor allem mit der autonomen Kunst im Singular, begründet im



Demirović, Alex/ Lettow, Susanne/ Maihofer, Andrea (Hrsg.) 2019: Emanzipation. Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs, Münster, 233 Seiten, Verlag Westfälisches Dampfboot, 25,00 Euro.

ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, hier insbesondere in den Schriften von Immanuel Kant und Friedrich Schiller. Neben herrschaftskritischen und emanzipatorischen Zügen wiesen diese Schriften auch ausgrenzende und menschenverachtende Ausführungen auf, sodass die Autorin sich der Frage widmet, „wie diese Theorie bzw. die von ihr geprägte Kunst (auch) noch zur Emanzipation beitragen konnte oder kann.“ (20) Kant, der in „Kritik der Urteilkraft“ als Voraussetzung für die Betrachtung eines ästhetischen Objekts die Fähigkeit setze, eine „Perspektivenübernahme der Anderen“ zu übernehmen, bezeichne diese Fähigkeit „als Geschmack, sensus communis oder auch Zivilisation.“ (26) Dieser sensus communis, von dem die gesamte Kritik

der ästhetischen Urteilkraft abhängt, schließe manche Menschen kategorisch aus, da sie nicht vernunftbegabt seien; sie würden somit aus dem Zivilisationsprozess ausgeschlossen. Andere hingegen seien „empfindlich“, aber noch nicht zivilisiert. (27) Diese Abgrenzung, diese Trennung und dieser Ausschluss diene nach Sonderegger „der Abgrenzung nach innen gegenüber den unteren Klassen, die pädagogisch bearbeitet werden müssen, wie gegenüber dem kolonialen Außen [...]“. (29) Ästhetische Produktion könne mithin nur dann eine emanzipatorische Kraft entfalten in „der Desidentifikation von der Kunst im Singular, in der Befreiung von der Bindung an den gesellschaftlichen Teilbereich der Kunst“. (Ebd.)

Katia Genel arbeitet in ihren Ausführungen „Die ambivalente Logik der Emanzipation“ den Unterschied zwischen Emanzipation und Autonomie heraus. Während Emanzipation auf „Befreiung“ und „Mündigkeit“ verweise, beziehe sich „Autonomie“ auf einen zu erreichenden idealen Zustand und sei verbunden „mit einer bürgerlichen Vorstellung von Individuum, Vernunft und Fortschritt“. (54) Es gebe drei Ambivalenzen, die mit dem Begriff der Emanzipation verbunden seien. Da sind zum einen die „asymmetrischen Implikationen und paternalistischen Folgen des Emanzipationsbegriffes“. Zweitens geht es um „die Annahme einer intakten Subjektivität, die der Herrschaft vorgängig ist“ und drittens um „die idealistische Annahme eines befreiten Zustandes ohne Herrschaft“. Würden diese drei Ambivalenzen vermieden, tauche eine „andere Logik der Emanzipation auf“, nämlich die der „Negativität der Kritik“. (Ebd.) Die „falschen Bedingungen“ unseres Lebens könnten so bestimmt werden. (55f.)

Für Tatjana Freytag „(Emanzipation und das politische Subjekt in der kritischen Theorie)“ scheint der Begriff der Emanzipation „im Zeitalter des dezentrierten

Subjekts und seiner diskursiven Erzeugung“ sein Ziel verloren zu haben. (71) In den heute dominierenden Theorien der Sozialwissenschaften werde er viel zu „mechanisch, paternalistisch, eurozentrisch und kollektivistisch“ behandelt. Sie sind für Freytag ein Beleg, dass die „alte Frage“ der Frankfurter Schule nach dem politischen Subjekt neu gedacht werden müsse, „die Frage nach der Re-Politisierung“. (Ebd.) Damit ergebe sich die Frage für das kritische Denken, weshalb der Begriff der Emanzipation einen solch „schmählichen Niedergang“ erlitten habe. Die Reflexion dieser Frage wiederum könnte sich als emanzipativ erweisen. (72)

Michael Bries' Artikel „Emanzipation – eine Vier-in-Einem-Perspektive. Fragen in einer Diskussion“ will der Frage des heutigen Stellenwerts der Emanzipation nachgehen. Dazu bedient er sich der ‚Vier-in-Einem-Perspektive‘ von Frigga Haug, deren Ansatz er aber generalisiert. (Vgl. 81) Das heißt für ihn: „Emanzipation ist nur vierfach oder gar nicht zu haben.“ (88) Diese vier Prozesse müssten solidarisch verbunden werden, zum einen die Befreiung von „zerstörerischen Abhängigkeiten“, dann die Befreiung durch eine „Demokratisierung der Entscheidungsprozesse“ und durch die Garantie des gleichen Zugangs zu „Freiheitsgütern für jede und jeden“, drittens durch die „Gestaltung einer Reproduktions- und Lebensweise des guten Lebens“ und viertens über den „Prozess der Überwindung der strukturellen Diskriminierungen“ in der Klassengesellschaft durch die Klasse der Ausgebeuteten. (88f.) Nicht verwunderlich ist deshalb sein abschließender Satz: „Emanzipation ist sich erneuernder Klassenkampf.“ (89)

Der Beitrag von Moshe Zuckermann „Emanzipation im Judentum“ geht inhaltlich auf das interessante Verhältnis der Dialektik von Religion und Geschichte ein. Dabei hebt er hervor, dass die Strategie des Zionismus Ende des 19. Jahrhunderts, dessen Gründungsvater Theodor Herzl war, auf der Auffassung basierte, dass das Problem der weltweit in der Diaspora lebenden Juden angesichts des immer stärker werdenden Antisemitismus nur dadurch gelöst werden könnte, wenn die Juden eine eigene nationale Heimstätte

bekämen. Der Zionismus sei davon ausgegangen, dass eine Assimilation in die bürgerliche Gesellschaft nicht möglich sei. Diese Forderung eines eigenen Judenstaates sei vom orthodoxen Judentum heftig kritisiert worden, da die „Kategorien Religion, Volk und Nation“ (96) nicht getrennt werden dürften und das Exil erst dann beendet sei, wenn das „alte Königreich Israel wiedererrichtet“ wäre. „Der messianische Gedanke des Noch-nicht und Zu-Erwartenden gilt in der jüdischen Orthodoxie als ein zentrales Postulat, welches strengstens befolgt werden muss.“ (102f.)

Die Religion, von der sich der Zionismus abwenden wollte, es aber nie völlig geschafft habe, habe Eingang in den politischen Zionismus erhalten. Und weiter heißt es abschließend bei Zuckermann in deutlicher Kritik gegenüber dem Siedlungswerk, dass in den 1970er Jahren begonnen und von allen israelischen Regierungen materiell gefördert worden sei: „Dass dies aber im modernen Staat Israel als Gottes Wille und Verheißung gedeutet wird und sich zur handfesten politischen Ideologie verfestigt hat“, sei zu einer „schicksalsträchtigen nationalen Katastrophe“ geworden. (106)

„Von der Judenfrage zur muslimischen Frage“ lautet der nachfolgende Text von Sara R. Farris, in dem es um republikanischen Rigorismus, kulturalistischen Differentialismus und die Antinomien erzwungener Emanzipation geht, und zwar am Beispiel des 2004 in Frankreich erlassenen Gesetzes „zur Verbannung religiöser Symbole aus öffentlichen Schulen“. (108) Dazu bedient sie sich eines überraschenden wie inhaltlich sehr interessanten Vergleichs mit Bruno Bauers (1809-1882) Veröffentlichung „Die Judenfrage“, auf die Karl Marx mit seinem Werk „Zur Judenfrage“ antwortete.

Farris' These lautet, dass in der französischen Auseinandersetzung um die muslimische Integration, insbesondere in der Kopftuchdebatte um muslimische Mädchen und Frauen, „die Paradoxien des Säkularismus und der Emanzipation, wie sie schon in Bauers einflussreicher Position zur Judenfrage zu finden sind, besonders deutlich hervortreten.“ (109)

Bruno Bauer habe den Juden „Fremdheit und Rückständigkeit“ vorgeworfen, die



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion
Edition DISS Band 34, 224 S, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrop (Hg.)

**Kapitalismus und / oder Demokratie?
Beiträge zur Kritik „marktkonformer“
Demokratieverhältnisse**

Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
140 S., 18 Euro

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus. und thematisiert dabei auch die Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft.



AK Antiziganismus im DISS

Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahrenerschätzung am Beispiel Duisburg

2015 Online-Broschüre

DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel. *Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Venmann*

abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks

Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre

DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf

sie zur „Gefahr für die nationale Einheit“ werden ließe. Zweitens habe er die Forderung nach Assimilation erhoben und drittens die Emanzipation der Juden an die Bedingung geknüpft, sich individuell von der Religion abzuwenden und sich der nationalen Identität unterzuordnen. (Vgl. 118) Auch die französische Politik offenbare gegenüber der muslimischen Bevölkerung eine „republikanisch-rigoristische Position“ in Verbindung mit einer „kulturell-differentialistischen Haltung, die den Islam, einer rassistischen Logik folgend, als spezifische religiöse Besonderheit mit dem Ziel hervorhebt, ihn auszugrenzen.“ (120)

Der Emanzipationsbegriff in diesem Kontext bedeutet also nach Farris Fremdverfügung statt Selbstbefreiung. Mit ihrem gelungenen Beitrag will Farris auf Antisemitismus und Islamophobie als „zwei Versionen einer wiederkehrenden rassistischen Denkweise“ hinweisen, die die „europäischen Nationen seit Jahrhunderten gegenüber ihren internen ‚Anderen‘ kultivieren“. (131)

In sehr treffender inhaltlicher Reihenfolge ist der Beitrag von Svenja Bromberg „Emanzipation nach Marx - Erneuerung eines politisch-philosophischen Begriffs“ zu verstehen. Für sie ist Emanzipation zu begreifen als „das Austragen eines politischen Konflikts, der im Namen von Befreiung aus ungerechten und unmenschlichen Herrschaftsverhältnissen sowie mit dem Ziel auf gesellschaftliche Veränderung ausgetragen wird.“ (138) In dem Text „Zur Judenfrage“ von 1844 behandle Karl Marx den Emanzipationsbegriff am umfassendsten und das in deutlicher Kritik an Bruno Bauer. Für ihn sei die menschliche Emanzipation eine „Emanzipation von der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, die die liberal-demokratische politische Form und Ideologie mit dem ausbeuterischen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit verbindet.“ (144) Obwohl Marx' Emanzipationsbegriff ein essentialistisches Verständnis offenbare und Marx selber diesen Begriff nach 1845 nicht mehr „prominent“ verwendet habe, solle man den Begriff nicht fallen lassen. Denn Marx' Definition von Emanzipation könne dazu beitragen, in Anbetracht der Krise des Neoliberalismus und der politi-

schen Orientierungslosigkeit die scheinbar verlorene Deutungshoheit zurückzugewinnen.

Svenja Bromberg beendet ihren Beitrag mit dem überaus wichtigen Gedanken, dass der Emanzipationsbegriff von Marx dazu anleite, den „Emanzipationshorizont unseres Denkens“ nicht „auf die Forderung nach gleichen Rechten für alle in einer strukturell Ungleichheit und Ungerechtigkeit produzierenden Gesellschaft zu verengen.“ (154)

Der folgende Artikel geht der Bedeutung des Begriffs der Emanzipation „für die Weiterentwicklung einer kritischen feministischen Gesellschaftstheorie“ nach. Susanne Lettow (in: „Subjektivität, Herrschaft und Zeit. Dimensionen eines feministischen Begriffs der Emanzipation“) plädiert dafür, Emanzipation in drei Dimensionen zu sehen, „als Politik der Subjektivität, als Herrschaftskritik und als historischer, mit einem utopischen Index versehener Prozess.“ (158)

Mit der ersten Dimension meint sie die kritische Analyse „von Affekten, Bedürfnissen und Wünschen“. (163) Die Dimension der Herrschaftskritik umfasse eine Verbindung von ökonomischen, politischen und kulturellen Aspekten. Das bedeute, dass Geschlechterverhältnisse, Rassismus und geopolitische Machtverhältnisse sich in Klassenverhältnissen zeigten, ja davon „durchzogen“ seien, und als solche einer zusammenhängenden Analyse und Kritik unterzogen werden müssten. (168) Diese Herrschaftskritik stehe dann mit „der dritten Dimension“, dem „offenen Zukunftshorizont“, in einem Spannungsverhältnis. Ihr gehe es nicht darum, geeignete Lösungen anzubieten, sondern „eine Erweiterung von Denk- und Handlungsmöglichkeiten“ hervorzubringen. (172) Mit diesem Beitrag trägt Lettow wichtige Überlegungen auch zur Debatte um Identitätspolitik bei.

Mit ihren Ausführungen zu „Feminismus und Emanzipation – und darüber hinaus“ will Andrea Maihofer den „Versuch einer Rekonzeptualisierung der Idee der Emanzipation“ unternehmen. (175) Für sie bedeutet Emanzipation die grundlegende Veränderung aller Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse, wobei sie die

„Gefühls-, Denk- und Handlungsweisen sowie der Subjektivierung“ einschließt. (192) Maihofer sieht allerdings noch einen weiteren zentralen Aspekt, nämlich die Emanzipation „als regulative Idee oder Utopie“. (Ebd.) Damit verbindet sie die Vorstellung einer Orientierung auf ein Ziel, das zwar nie vollständig erreicht werden könne, aber die Richtung klarmache, wohin die Gesellschaft sich entwickeln solle. Richtschnur sei eine Praxis der Freiheit, die Utopie einer „Assoziation freier Menschen“, die kollektiv ihre Lebensverhältnisse gestalten können. Mit dieser „regulativen Idee oder Utopie“ folgt sie aus zwei Gründen inhaltlich Karl Marx: Einerseits meint sie damit „die Idee der Verwirklichung des ‚kategorischen Imperativs‘, also die Überwindung ‚aller Formen von Diskriminierung‘, andererseits „die Idee der Überwindung der Entfremdung und der daraus folgenden Entfremdung der Menschen von den gesellschaftlichen Verhältnissen“. (Ebd.) Dieser Rückgriff auf den Emanzipationsgedanken von Marx gelingt der Autorin sehr zutreffend, gerade auch in dem Ansprechen der Überwindung von Entfremdung. Ebenso überzeugend gerät der Schlussteil ihres Beitrags, indem sie die Analyse des Feminismus immer im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Reproduktion von „Rassismus, Faschismus, Imperialismus, Patriarchat und Kapitalismus“ sieht. „Nur zusammen können sie langfristig überwunden werden.“ (200)

Den Abschluss des Sammelbandes bildet Alex Demirović Artikel „Zwei Weisen der Emanzipation – oder: Ist Emanzipation noch ein Ziel sozialer Kämpfe?“. Emanzipation gehe über den Begriff der Freiheit hinaus, sowohl über „den Begriff der negativen Freiheit von“, wie über „den der positiven Freiheit zu“ Emanzipation müsse als „historisches Projekt“ verstanden werden und ziele auf die Überwindung von Macht und Herrschaft, indem der innere Zusammenhang der Menschen, unter dem sie leben, radikal verändert werden müsse. In der bürgerlichen Auffassung von Emanzipation solle sich das freie und gleiche Individuum voll entfalten „und seine Partikularität dem unter staatlichem

Schutz stehenden Allgemeinen ein- und unterordnen“. (227)

Es gebe hier zwei Seiten der Emanzipation, die trotz ihrer Gegensätzlichkeit miteinander verbunden seien und die „die Allgemeinheit des Staates“ bildeten: Einerseits die „Emanzipation partikularer Lebensformen und Egoismen“, andererseits „die politische Emanzipation als Staatsbürger“. (227) Mit Bezugnahme auf Marx schreibt Demirović, dass eine solche bürgerliche Emanzipation deshalb zu kritisieren sei, weil die Klasse des Bürgertums „ihre Emanzipation und ihre Identität zur allgemeinen Identität und Emanzipation“ erklären würde. (Ebd.) Eine solche „affirmative Emanzipation“ müsse, ebenfalls nach Marx, abgelehnt und gegen eine Alternative gesetzt werden.

In dieser zweiten Emanzipation müsse das Proletariat als Akteur radikal für die Auflösung all jener Verhältnisse und sozialen Differenzierungen sorgen, „unter denen Individuen als Klasse und Stand Identität gewinnen“. (228) Damit beantwortet der Autor auch eindeutig die von ihm in der Überschrift gestellte Frage und trägt so zu einer weiteren Klärung und Präzisierung des Begriffes bei.

Den drei Herausgeber*innen ist es gelungen, mit ihrem Sammelband eine kritische Diskussion über den Emanzipationsbegriff zu entfachen und so eine Lücke über einen Gegenstand zu schließen, der bisher relativ wenig in der Diskussion stand. Die Beiträge verdeutlichen aus unterschiedlicher Perspektive die Notwendigkeit, den Emanzipationsbegriff wiederzubeleben und kritisch zu fassen, da er seine Berechtigung durch das Ziel sozialer Kämpfe gewinnt, die Verhältnisse umzustürzen, unter denen die Menschen unterdrückt, ausgebeutet und entwürdigt werden.



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.
edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Unrast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Rätzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

Die Gesellschaft des Zorns

Dirk Diluweit

In „Die Gesellschaft des Zorns“ (Bielefeld: transcript 2019) untersucht die an der TU-Darmstadt lehrende Soziologieprofessorin Cornelia Koppetsch, warum reaktionäre und autoritäre Tendenzen in einer Gesellschaft erstarken, die sich auf dem Höhepunkt des Friedens und Fortschritts glaubte (9). Um diese Frage zu beantworten, greift sie auf die These zurück, dass sich die Menschen in Zeiten des neoliberalen Kapitalismus an konservativen Lebensmodellen orientieren, die Sicherheit gegen die Ungewissheiten eines flexiblen Akkumulationsregimes versprechen (57).

Zunächst verwirft Koppetsch Ansätze, die die Erfolge rechtspopulistischer Bewegungen ökonomistisch, kulturalistisch oder psychologistisch erklären wollen. Gegen ökonomistisch argumentierende Ansätze, wie sie Oliver Nachtwey (2017) vertritt, wendet sie ein, dass rechtspopulistische Bewegungen in allen Bevölkerungsgruppen Gefolgschaft mobilisieren können und nicht nur unter Arbeitslosen oder Geringverdienern erfolgreich sind (39). Deshalb lässt sich der Erfolg von Rechtspopulisten nicht als fehlgeleiteter Klassenkampf beschreiben. Zudem erklären ökonomistisch argumentierende Ansätze nicht, warum sich alternative Wahrheitsansprüche herausgebildet haben (100).

Kulturalistische Ansätze, wie sie von Andreas Reckwitz (2017) vertreten werden, erklären die Erfolge von Parteien wie der AfD damit, dass ihre Wähler nur über wenig kulturelles Kapital verfügen. Dem hält Koppetsch entgegen, dass die AfD auch Bildungsgewinner und Hochgebildete mobilisieren kann (104). An psychologistisch argumentierenden Erklärungsmodellen, wie sie Heitmeyer (2018) anbietet, bemängelt sie, dass diese Ansätze nicht erklären, warum rechtspopulistische Parteien erst seit einigen Jahren Wahlerfolge erzielen können, obwohl das Ausmaß autoritärer Einstellungen in der Bevölkerung seit langem konstant bleibt (97).

Stattdessen liegt dem Rechtspopulismus,



Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. transcript Verlag, Bielefeld 2019. 282 S., br., 19,99 €

so Koppetsch, ein Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern der Globalisierung und dem damit einhergehenden Souveränitätsverlust des Nationalstaates zugrunde (16). Aufgrund der Globalisierung sind viele Unternehmen der derzeit führenden Branchen wie Kulturproduktion, Informationstechnologie oder der Finanzsektor in global vernetzte Wertschöpfungsketten eingebunden. Deshalb ist man dort auf freien Waren- und Personenverkehr angewiesen. Passend dazu beherrschen die Beschäftigten dieser Branchen oft mehrere Fremdsprachen und geben sich gegenüber fremden Kulturen aufgeschlossen. Da solche Arbeitnehmer weltweit gefragt sind, bringt ihnen die Globalisierung erhebliche Einkommenszuwächse und eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich von nationalstaatlichen Beschränkungen zu emanzipieren. So können die Angehörigen dieser Milieus in ein anderes Land ziehen oder auf die Angebote privater Anbieter zurückgreifen, falls ihnen die Rahmenbedingungen eines Nationalstaates nicht mehr zusagen

(194). Somit entspricht das, was Fraser (2017) als progressiven Neoliberalismus bezeichnet, nämlich die Stärkung von Minderheitenrechten bei gleichzeitiger Deregulierung der Finanzmärkte durch aus den ökonomischen Interessen dieser Gruppe (78).

Im Gegensatz zu Kosmopoliten sind Traditionalisten auf Ressourcen angewiesen, die nationalstaatlich verankerte Institutionen bereitstellen (20). Bislang schützten die Vorgaben nationaler Institutionen Handwerker und Freiberufler vor Konkurrenz aus dem Ausland. Somit profitierten diese Gruppen in erheblichem Umfang von nationalstaatlichen Regelungen. Da Nationalstaaten in Folge der Globalisierung und europäischen Integration die Fähigkeit einbüßten, ihre Binnenmärkte abzuschirmen, mussten diese Milieus Geltings- und teilweise auch Einkommens-einbußen hinnehmen. Somit liegen dem Konflikt zwischen Traditionalisten und Kosmopoliten unterschiedliche Erwerbslagen zugrunde.

Dieser ökonomische Antagonismus hat auch eine symbolische Dimension. So werfen Kosmopoliten den Traditionalisten vor, engstirnig und reaktionär zu sein. Dagegen beschreiben sie ihr eigenes Milieu als progressiv und liberal. Kulturen beschreibt man in diesen Milieus als dem historischen Wandel unterliegend und nicht eindeutig voneinander abgrenzbar. Aus dieser Sicht wäre es kontraproduktiv, die eigene Kultur von fremden Einflüssen schützen zu wollen. Denn dies würde den Anforderungen moderner Volkswirtschaften zuwiderlaufen. Da die kosmopolitischen Milieus von der neoliberalen Globalisierung profitierten, haben sie die traditionellen Mittelschichten als gesellschaftliche Leitmilieus abgelöst (120).

Dagegen werfen die Traditionalisten den Kosmopoliten vor, natürliche und traditionelle Ordnungen wie die Familie zu zerstören und durch unregulierte Zuwanderung die Grundlagen der eigenen Kultur zu untergraben. Dazu passend sind in tra-

„Koppetsch zeigt, dass Rechtspopulismus eine politische Strategie ist, mit der sich symbolische und materielle Güter einfordern lassen, die Staaten bereitstellen. Auch übernimmt sie nicht die Selbstbeschreibung der kosmopolitischen Milieus, sondern zeigt, dass diese Milieus durchaus auch Ausschlüsse produzieren. Dadurch kann sie erklären, welcher Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und der Affinität zu rechtspopulistischen Bewegungen besteht.“

ditionalistischen Milieus essentialistische Kulturkonzepte vorherrschend, die davon ausgehen, dass Kulturen in sich homogen und eindeutig voneinander abgrenzbar seien. Der Wesenskern einer Kultur kann nach diesem Kulturverständnis nur erhalten werden, wenn er vor fremden Einflüssen geschützt wird. Essentialistische Kulturkonzepte, die Nationalismen zugrunde liegen, entsprechen somit der ökonomischen Lage von Milieus, deren Reproduktionsstrategien auf nationalstaatlich verfasste Institutionen angewiesen sind (237). In diesen verschiedenen Kulturkonzepten sieht Koppetsch dann auch die Ursache für die Wahlerfolge rechtspopulistischer Bewegungen. Rechtspopulismus ist somit eine Protestbewegung derjenigen, deren kulturelles und symbolisches Kapital durch den progressiven Neoliberalismus entwertet wurde (121).

Milieus bilden sich, indem sie sich von anderen Gruppen abgrenzen. Deshalb produzieren auch die kosmopolitischen Milieus Ausschlüsse. Anders als die traditionellen Milieus grenzt man sich hier aber nach unten und nicht nach außen ab. So erhalten zu den kosmopolitischen Milieus nur diejenigen Zugang, die sich den dort üblichen Lebensstil leisten können und über das dort benötigte kulturelle Kapital verfügen (242).

Auch Rechtsstaaten und Demokratien sind auf Grenzen angewiesen. Denn erst

durch nationale Grenzen wird festgelegt, für wen und auf welchem Territorium eine Rechtsordnung gilt. Nationalismus ist demnach nicht bloß ein ideologischer Irrtum, sondern eng mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verknüpft (185). Nach Koppetsch handelt es sich beim Rechtspopulismus um eine Gegenbewegung zur Globalisierung, die behauptet, im Gegensatz zu kosmopolitischen Eliten im Interesse des Volkes zu handeln (168).

Durch die Globalisierung büßten Nationalstaaten an Souveränität ein, da Entscheidungsbefugnisse an transnationale Akteure, wie z.B. die EU-Kommission oder Expertenrunden übertragen wurden. Da diese Kommissionen nicht demokratisch gewählt wurden und ihre Beschlüsse mit dem Mantra der Alternativlosigkeit legitimieren, verlieren Staatsbürger politische Teilhabemöglichkeiten (90). Diesem Demokratiedefizit möchten rechtspopulistische Parteien entgegenwirken, indem sie aus internationalen Bündnissen austreten. Eine weitere Möglichkeit, die Beschlüsse von Expertenkommissionen anzugreifen, ist, die Gültigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse zu bestreiten. Fake-News und alternative Fakten sind demnach eine Form der politischen Therapie, die verlorene Teilhabechancen symbolisch kompensieren kann. Bürger können sich auf diesem Weg als selbstwirksam erleben und ein positives Selbstbild bewahren. Beispi-

le hierfür sind Verschwörungstheorien, in denen man kosmopolitische Eliten für die eigenen Abstiegsängste verantwortlich macht (145).

Der Antagonismus zwischen Traditionalisten und Kosmopoliten hat nach Koppetsch tiefgreifende Folgen für die Art, in der politische Konflikte ausgetragen werden. Da in diesem Konflikt um die Gültigkeit der jeweiligen Weltansicht gestritten wird, vermischen sich dort politische Standpunkte mit Fragen der persönlichen Identität. Politische Konflikte werden so zu persönlichen Konflikten. Dadurch geht der Grundkonsens verloren, der nötig ist, um politische Debatten führen zu können. In Folge dessen zerfällt die Gesellschaft in sich verfeindet gegenüberstehende Lager, die keine Kompromisse mehr aushandeln können. Von konservativen Volksparteien unterscheiden sich Rechtspopulisten dadurch, dass sie den Boden der gemeinsam geteilten Wirklichkeit verlassen und ein alternatives Politikmodell und Wirklichkeitsverständnis etablieren möchten (251).

Im letzten Teil des Buches fordert Koppetsch, die Herausforderung, die von Rechtspopulisten ausgeht, anzunehmen und die gesamte Bevölkerung in Debatten über Zuwanderung und Globalisierung mit einzubeziehen (256).

In „Gesellschaft des Zorns“ argumentiert Koppetsch schlüssig und überzeugend. So zeigt sie, dass Rechtspopulismus eine politische Strategie ist, mit der sich symbolische und materielle Güter einfordern lassen, die Staaten bereitstellen. Auch übernimmt sie nicht die Selbstbeschreibung der kosmopolitischen Milieus, sondern zeigt, dass diese Milieus durchaus auch Ausschlüsse produzieren. Dadurch kann sie erklären, welcher Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und der Affinität zu rechtspopulistischen Bewegungen besteht. Eine weitere Stärke des Buches liegt darin, dass sie Fake-News als Mittel sieht, mit dem Populisten suggerieren, eine Alternative zur etablierten Politik anzubieten. Dies kann erklären, warum alternative Fakten gebildete Wähler ansprechen. Trotz des positiven Gesamteindrucks lässt Frau Koppetsch folgende Fragen offen: So ist zu diskutieren, ob der Staat im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus an



Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper
Autoritäre Zuspitzung
 Rechtsruck in Europa
 Edition DISS Bd. 40; Münster: Unrast
 220 S., 24 Euro

In verschiedenen Ländern Europas kam es in den letzten Jahren zu einem massiven Rechtsruck. Nicht nur bei Wahlen gewannen extrem rechte Parteien und Bewegungen an Zuspruch, sondern auch in Form ihrer Präsenz ›auf der Straße«. Diese Entwicklungen spielen sich vor allem ab vor dem Hintergrund verstärkter Fluchtbewegungen nach Europa, der damit zusammenhängenden administrativen Krise sowie im Kontext islamistischer Anschläge wie in Paris und Brüssel. Ein weiterer Kontext dieses europäischen Rechtsrucks ist zweifellos eine global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die er letztlich weitertreibt. Breite Widerstände in Europa blieben bisher weitgehend aus.

Mit Beiträgen von Graeme Atkinson, Stacey Blatt, Sebastian Chwala, Martin Dietzsch, Tino Heim, Cordelia Heß, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Roisin Ludwig, Johannes Richte und Lara Schultz.

Bedeutung verliert oder ob die neoliberale Globalisierung zwar mit einem tiefgreifenden Staatsumbau, aber keinem Bedeutungsverlust des Nationalstaates einhergeht (vgl. Sassen 2008, 651). Im zweiten Fall wäre fraglich, ob Nationalismus dem neoliberalen Staatsumbau im Weg steht.

Des Weiteren stellt sich die Frage, ob Koppetschs Kritik an ökonomistischen und psychologistischen Ansätzen nicht ein bisschen zu kurz greift. Tatsächlich erkennen Autoren wie Nachtwey (2017) durchaus, dass populistische Bewegungen Rahmungen bieten, mit denen sich politische Forderungen artikulieren lassen oder mit denen ein positives Selbstbild erhalten werden kann (vgl. ebd., 229). Somit können diese Ansätze sehr wohl erklären, warum populistische Bewegungen auch bei Menschen erfolgreich sind, die über mehr ökonomisches und kulturelles Kapital verfügen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Letzten Endes greift Koppetsch aber selber ökonomistische Argumente auf, da sie die Erfolge populistischer Bewegungen als Reaktion auf Status- und Geltungsverluste in Folge des progressiven Neoliberalismus beschreibt. Somit bleibt unklar, in welchem Verhältnis ökonomische und kulturelle Einflussfaktoren in ihrem Buch zueinanderstehen.

Zwar betont sie mehrfach, dass sie eine ökonomische Sicht ablehnt. Aber andererseits beschreibt sie symbolische Ordnungen als Ausdruck materieller Interessen. Auch ihre Kritik an Heitmeyer (2018) vermag nicht zu überzeugen. So erklärt Heitmeyer die Erfolge populistischer Bewegungen damit, dass sich Verunsicherung breit macht und sich die Wähler von etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Von daher kann Heitmeyer durchaus erklären, warum Rechtspopulisten Wahlerfolge erzielen, obwohl das Ausmaß rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung stabil bleibt (vgl. ebd., 107).

Am Schluss fordert Koppetsch, sich mit den Themen der Populisten politisch auseinanderzusetzen. Dem Einwand, Populisten würden eine irrationale Agenda verfolgen, hält sie entgegen, alle Ideologien wären standortgebunden und hätten deshalb irrationale Bestandteile (vgl. Koppetsch, 258). Ideologien lassen sich jedoch

danach unterscheiden, in welchem Verhältnis irrationale und rationale Bestandteile zueinander stehen. Im Gegensatz zu liberalen oder sozialistischen Ansätzen berufen sich Populisten auf ein mythologisches Gesellschaftsverständnis, nutzen aber eine rationale Mobilisierungsstrategie (vgl. Mannheim 1965, 121).

Verschwörungstheorien und Mythen können zwar Handlungsfähigkeit suggerieren und dabei helfen, ein positives Selbstbild zu bewahren, liefern aber keine Antworten auf ökonomische und ökologische Fragestellungen. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob Koppetsch den rationalen Gehalt rechtspopulistischer Bewegungen nicht überschätzt. Weiterhin bleibt offen, inwiefern es möglich ist, sich mit den Themen der Rechten, die aus Verschwörungstheorien und politischen Fantasiegehalten bestehen, auseinander zu setzen, ohne den Grundkonsens zu zerstören, der Grundlage des öffentlichen Diskurses ist.

Literatur

Fraser, Nancy 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des autoritären Populismus, in: Heiselberger 2017, 77-92.

Heiselberger, Heinrich 2017: Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm 2018: Autoritäre Versuche, Berlin.

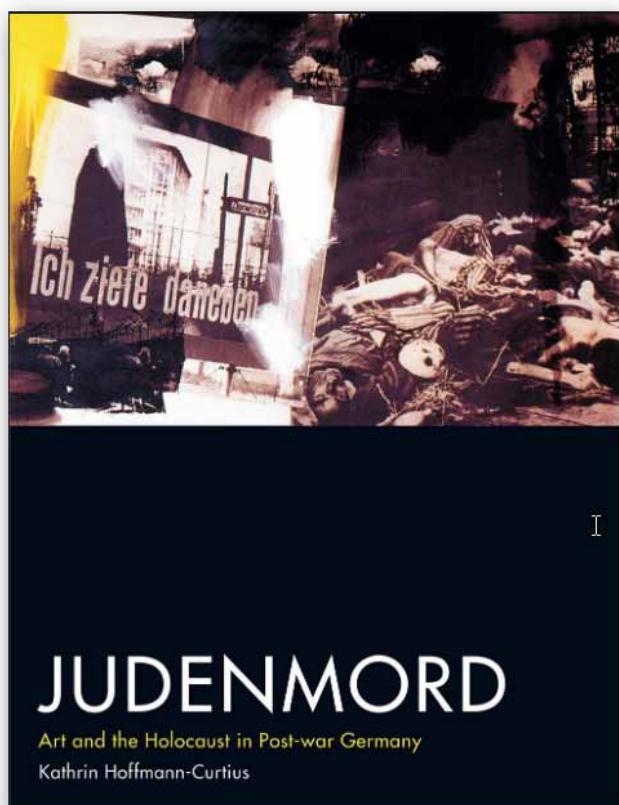
Mannheim, Karl 1965: Ideologie und Utopie, Frankfurt/M.

Nachtwey, Oliver 2017: Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften, in: Heiselberger 2017, 215-232.

Reckwitz, Andreas 2017: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.

Sassen, Saskia 2008: Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter, Frankfurt/M.

Anm. d. Red.: Mittlerweile werden gegen das Buch von C. Koppetsch Vorwürfe erhoben. An 26 Stellen ließen sich Plagiate feststellen (FAZ v. 9.11.2019). Das ist in der Tat kritikwürdig, die Gesamtargumentation des Buches bleibt davon aber unberührt.



Kunst und Holocaust – als deutsches und angelsächsisches Thema

Jobst Paul

Hoffman-Curtius, Kathrin (2018): Judenmord: Art and the Holocaust in Post-war Germany. London: REAKTION BOOKS. 400 pp. \$57.00 (cloth), ISBN 978-1-78023-907-1.

Zunächst¹ verwundert es nicht, dass die Frage nach künstlerischen Verarbeitungen des nazistischen Massenmordes zumal in Deutschland an Tabu-Zonen rührt. Kathrin Hoffman-Curtius' „Judenmord: Art and the Holocaust in Post-war Germany“ konkretisiert diese Verwerfungen und Brüche, die das Thema mit sich führt, im Zeitraum zwischen 1945 und 1969 anhand konkreter Künstler- und Werkbesprechungen.

Doch zunächst interessiert die Tatsache, dass die jetzige englische, überarbeitete und ausgeweitete Fassung des Werks auf die deutsche Originalausgabe² im Jahr 2014 zurückgeht und daher einen zutiefst deutschen Kontext hat.

Dafür steht insbesondere das langjährige Engagement der Kunsthistorikerin Kathrin Hoffman-Curtius, viele jener deutschen Künstlerinnen und Künstler vor dem Vergessen zu bewahren, die mit eigenen Erfahrungen des Grauens auf künstlerischem Weg zurechtkommen wollten und mussten. Im nachdrücklichen Engagement der Autorin spiegelt sich zugleich eine deutsche Umwelt der 1950er und 1960er Jahre, die davon eher nichts wissen wollte. Entsprechend dünn ist bis heute die deutsche kunsthistorische und

kunsttheoretische Aufarbeitung des Themas geblieben.³

Ganz anders die angelsächsische Forschung, die vor allem seit den 1990er Jahren eine Fülle von Studien zum Thema hervorbrachte, ohne freilich ihren Blick spezifisch auf die deutsche Kunst zu richten.⁴ Der gemeinsame Grundzug der verschiedenen Annäherungen, nämlich den Holocaust als Zeitenwende an sich und damit tendenziell zu abstrakt zu begreifen, führte jedoch auch zur Kritik. Insbesondere konnte argumentiert werden, dass mit diesem Ansatz die Individualität der betroffenen KünstlerInnen zu wenig gewürdigt würde. Die spätere angelsächsische Forschung reagierte darauf im Rahmen eingehender biographischer Recherchen. In dieses angelsächsische Forschungsinte-



Regina Wamper / Helmut Kellershohn /
Martin Dietzsch (Hg.)

Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Edition DISS Bd. 28, 288 S., 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

resse fügt sich die englische Fassung von Hoffman-Curtius' Werk bereits inhaltlich, indem es – aus dem Land der Täter – eine Vielfalt deutscher KünstlerInnen vorstellt, die unmittelbar nach Kriegsende ihren Erfahrungen und Betroffenheiten künstlerischen Ausdruck gaben, darunter eben nicht nur Joseph Beuys und Gerhard Richter, sondern auch weniger bekannte KünstlerInnen und Überlebende der Lager. Vor allem aber ergänzt Hoffmann-Curtius ihre Darstellung durch die zeitgeschichtliche und kulturelle Kontextualisierung von über 160 Werken und von über 40 KünstlerInnen.

Hierher gehört nicht nur die Frage nach der Bedeutung des Abstrakten in der Verarbeitung des Verbrechens, im Unterschied zur eher realistischen Zeichnung der Verbrechen in Werken von DDR-Künstlern. Offenbar wurde hier bereits an unterschiedlichen Identitäten des Nachkriegsdeutschlands gearbeitet. Hinzu kommen Fragen etwa nach den ikonographischen Vorbildern der KünstlerInnen, aber auch nach der Funktion der Filmtechniken, die die Alliierten einsetzten, um die deutsche Bevölkerung mit dem Grauen der Lager zu konfrontieren, aber auch Fragen nach den Nachwirkungen des Auschwitz-Prozesses 1963-1965 auf die künstlerische Verarbeitung des Völkermords.

Kathrin Hoffmann-Curtius hat mit ihrer beeindruckenden Detail- und Interpretationsarbeit ein bleibendes Referenzwerk, aber wohl auch ein persönliches Zeugnis geschaffen. Auf die Spuren dieser persönlichen Auseinandersetzung, die den selbstgesetzten methodischen Rahmen gelegentlich überschreitet, weist die Rezensentin Maya Balakirsky Katz kritisch hin.

Nur am Rande sei vermerkt, dass sich die Redakteure von H-Judaic unter Kathrin Hoffmann-Curtius offenbar keine Deutsche vorstellen konnten und sie deshalb kurzerhand in ‚Kathryn Hoffman-Curtius‘ umtaufen.

in Deutschland von 1945 bis zum Auschwitz-Prozess, Marburg: Jonas Verlag.

³ Vgl. u.a. Kilchmann, Esther (Hg.) 2016: Artefakte. Holocaust und Zweiter Weltkrieg in experimentellen Darstellungsformen in Literatur und Kunst. Köln : Böhlau; Sina, Véronique (Institut für Medienwissenschaft, RUB); Heindl, Nina (Kunstgeschichtliches Institut, RUB 2017: Holocaust in Kunst, Kultur und Medien (Vortragsreihe in Bochum); viele Kurzbeiträge in: Kranebitter, Andreas; Blohberger, Gudrun; Dürr, Christian; Holzinger, Gregor; Kniefacz, Katharina; Warlitsch, Doris 2018: Die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In: KZ-Gedenkstätte Mauthausen; Kranebitter, Andreas (Hg.): Jahrbuch 2017 der KZ-Gedenkstätte Mauthausen | Mauthausen Memorial. Forschung – Dokumentation – Information. New Academic Press : Wien.

⁴ Barron, Stephanie 1991: Degenerate Art: The Fate of the Avant-Garde in Nazi Germany. New York : Harry N. Abrams; Amishai-Maisels, Ziva 1993: Depiction and Interpretation: The Influence of the Holocaust on the Visual Arts. Oxford etc.: Pergamon Press; Young, James 1993: Texture of Memory. New Haven, CT : Yale University Press; Bohm-Duchen, Monica 1995: After Auschwitz: Responses to the Holocaust in Contemporary Art. Northern Centre for Contemporary Art, Sunderland GB; Baigell, Matthew 1997: Jewish-American Artists and the Holocaust. Brunswick, NJ : Rutgers University Press; Toll, Nelly 1998: When Memory Speaks: The Holocaust in Art. Westport, Conn. : Praeger; Zelizer, Barbie 2000: Visual Culture and the Holocaust. Brunswick, NJ : Rutgers University Press.

Anmerkungen:

¹ Ich stütze mich auf die Rezension von Maya Balakirsky Katz (Bar-Ilan University, Tel-Aviv) auf H-Judaic (Mai 2019) [<https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=54105>].

² Hoffmann-Curtius, Kathrin 2014: Bilder zum Judenmord. Eine kommentierte Sichtung der Malerei und Zeichenkunst

Das kolonialistische Narrativ und die NS-Propaganda

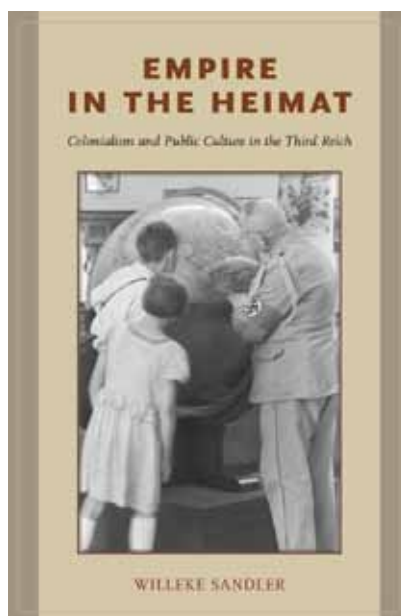
Jobst Paul

Mit Blick auf die deutsche Kolonialgeschichte kann Willeke Sander's Studie „Empire in the Heimat: Colonialism and Public Culture in the Third Reich“¹ als Fortsetzung der Untersuchung von Stefan Manz [Constructing a German Diaspora, The “Greater German Empire”, 1871-1918, in: DISS-Journal 33 (2017)] gelten.² Manz beschrieb das ideologische und organisatorische Eigenleben der ‚Auslandsdeutschen‘ (innerhalb und außerhalb Deutschlands) in der Hochphase des deutschen Kolonialismus bis 1918. Und er betonte die literarische Repräsentanz der ‚Stimme‘ der Auslandsdeutschen in populären deutschen Medien, wobei das ‚weltweite Deutschtum‘ romantisch verklärt wurde. Willeke Sander betrachtet nun die Entwicklung nach 1919, d.h. nach dem Verlust der deutschen Kolonien, in der Weimarer Republik und im NS-Regime.

Erstaunlich daran ist einerseits, dass sich die Kolonialbegeisterung in der deutschen Öffentlichkeit bis in die politischen Eliten hinein weiterhin in Grenzen hielt und Kolonialpolitik letztlich der innenpolitischen Identitätssuche diente. Erstaunlich ist andererseits, dass die Lobbyisten der kolonialen Interessen, vor allem die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG), auch nach 1919 noch weit mehr als 20 Jahre unbeirrt versuchte, einen Meinungsumschwung zugunsten der Rückgabe – nun der verlorenen Kolonien herbeizuführen. Doch auch nach 10 Jahren (1929) zählte man immer noch gerade 25 000 Mitglieder.

Hier kamen Hitler und die NSDAP ins Spiel. In den NS-Programmen war von Beginn an von ‚Land‘ und von ‚Gebieten‘ die Rede, die zu unterwerfen seien, und die Einverleibung der Funktionäre der Koloniallobby in die NS-Bewegung war willkommen. Diesem taktischen Ziel blieb die NS-Propaganda verpflichtet, indem sie die kolonialistische Agenda rhetorisch unterstützte, darunter aber ausschließlich die Unterwerfung Osteuropas und der Sowjetunion verstand.

Dennoch diente sich die Kolonial-Lobby zu Beginn der 1930er Jahre und erst recht anlässlich der NS-Machtübernahme 1933



Sander, Willeke 2018: Empire in the Heimat: Colonialism and Public Culture in the Third Reich. Oxford: Oxford University Press. 360 pp. \$74.00 (cloth), ISBN 978-0-19-069790-7.

in der Hoffnung auf Gegenleistungen vollkommen der NS-Bewegung an. Sie inszenierte eine ‚Selbstgleichschaltung‘, nannte sich nun ‚Reichskolonialbund‘ (RKB), nahm Nazi-Größen in den Vorstand auf und schloss – entsprechend einem ‚Führer‘-Prinzip – politisch unliebsame und ‚nicht-arische‘ Mitglieder aus.

Doch das half alles nichts. Sander zeichnet detailliert den hinhaltenden Widerstand der RKB-Führung nach, ihre eigenen Kolonialinteressen in Afrika zugunsten der NS-‚Ostpolitik‘ aufzugeben, bis 1936 Fakten geschaffen wurden: Die NS-Führung verordnete eine weitere, nun wirkliche ‚Gleichschaltung‘, löste den Verband auf und verleibte den neuen RKB der NS-Bewegung ein. Allerdings wollte man auf den propagandistischen Wert des kolonialistischen Narrativs nicht verzichten: Zum Ärger der alten Kolonialkader wurde

eine mediale, propagandistische Kampagne eröffnet, die einerseits versuchte, mit ‚Kolonialkitsch‘ – z.B. in Filmen wie Carl Peters (1941), Ohm Krüger (1941) und Germanin (1943) – eine hauptsächlich rassistische, antisemitische und anglophobe Umerziehung der Öffentlichkeit zu unterfüttern.

Andererseits diente die Konzeption dazu, den ‚guten Deutschen‘ zu inszenieren, der z.B. mit der Thematik Völkermord (an den Hereros) nicht in Verbindung gebracht werden sollte/konnte. Es liegt auf der Hand, dass diese Immunisierung wenig später angesichts der Überfälle auf Polen und auf die Sowjetunion fortwirkte und auch fortwirken sollte.

Die NS-Medienkampagne hatte übrigens Erfolg: Der RKB verzeichnete im Jahr 1941 bereits 2 Millionen Mitglieder. Mit der Katastrophe von Stalingrad (1942/43) allerdings brach diese propagandistische Instrumentalisierung des Kolonialismus in sich zusammen: Der RKB löste sich auf.

Anmerkungen:

¹ Willeke Sander, Loyola University, Maryland, Department of History. Ich referiere hier die wichtigsten Aspekte der Rezension von Jakob Zollmann (WZB Berlin Social Science Center) in H-Diplo (August 2019) [<https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=53492>].

² Oxford : Routledge Taylor & Francis Group, 2013. 360 S.

Fundstück: Wohnungsnot

„Was man heute unter Wohnungsnot versteht, ist die eigentümliche Verschärfung, die die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietspreise; eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit, überhaupt ein Unterkommen zu finden. Und diese Wohnungsnot macht nur so viel von sich reden, weil sie sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum mit betroffen hat. [...]

Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. [...]

Das Resultat ist, dass die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, dass Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind, denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.“

Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage (erstmalig veröffentlicht in: Der Volksstaat, Leipzig 1872/73)

Fundstelle: Philosophie Magazin 06/2019, 20